

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Atoll-Nationen fordern sofortige Strategien gegen Klimawandelfolgen

Ende August 2019 trafen sich Vertreter der Atoll-Nationen Tuvalu, Kiribati, der Marshall-Inseln und der Malediven zur dreitägigen Konferenz „Resilient Atoll Nations in Productive Oceans“ auf den Malediven, um über die Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs und die Folgen des Klimawandels auf ihre niedrig gelegenen Staaten zu diskutieren. Finanziert hatte das Treffen die *Asian Development Bank*, deren Präsident Takehiko Nakao auch an dem multinationalen Dialog, Workshops und Beratungsgesprächen teilnahm. An der Konferenz nahmen ebenso Entwicklungshilfeexperten, Klimaforscher und geldgebende Organisationen teil. Es handelte sich bei dem Treffen um den zweiten „*Adaptation Dialogue*“ im Rahmen der Koalition der niedrig gelegenen Inselnationen (*Coalition of Low-lying Atoll Nations*).

Zur Eröffnung der dreitägigen Dialogveranstaltung sagte ADB-Präsident Nakao: „*For the atoll nations, climate change is not a distant threat for a future generation to face but an immediate emergency, with tropical storms and rising seas taking their toll on human lives, livelihoods, and infrastructure.*“

Die Regierungsvertreter der vier Atolle forderten „*immediate strategies for land loss, beach erosion, water security, ecosystem health, and economic development*“, wie es in einer ADB-Pressemitteilung hieß. Nahrungs- und Trinkwassersicherheit sind zentrale Themen für alle Atollbewohner, da auf Atollen mit ihren kargen Kalksteinböden nur begrenzt Landwirtschaft möglich ist.

Bei dem Treffen wurde auch diskutiert, wie Atoll-Nationen ihre begrenzten Ressourcen nachhaltiger nutzen können. Hervorgehoben wurde die Möglichkeit eines „Süd-Süd-Austausches“, bei dem die pazifischen Atoll-Nationen von den Malediven und deren Kampf gegen Klimawandelfolgen lernen können. Es wurde überlegt, wie die Atoll-Regierungen an ausreichend Finanzmitteln kommen, um Anpassungsstrategien an Klimawandelfolgen durchführen zu können. Außerdem verabredete man eine Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit. Noch mehr Menschen müssten für die Gefahren des Meeresspiegelanstiegs für niedrig gelegene Atolle sensibilisiert werden, hieß es. (*Marshall Islands Journal* 22.11.19, <https://www.adb.org/news/atoll-nations-face-immediate-climate-threat-their-development-adb-president>)

Fischerei-Experten diskutieren Küstenfischerei und Aquakulturen

Vom 5. bis zum 7. November 2019 trafen sich über 60 Fischereiverantwortliche aus 20 pazifischen Inselstaaten in Nouméa (Kanaky), um beim „*Third Regional Technical Meeting on Coastal Fisheries*“ über nachhaltige Küstenfischerei und die Vor- und Nachteile von Aquakulturen zu diskutieren. Das Treffen stand unter dem Oberthema „Working with people in support of sustainable coastal fisheries and aquaculture“.

Ziel der Konferenz war es u.a., neue Technologien kennenzulernen, die das Datenmanagement zu den Routen wandernder Fischarten erleichtern. Es wurden Computerprogramme vorgestellt, die die Daten über Küstenfischfang so verarbeiten, dass sie übersichtlich dargestellt werden und Entscheidungen schneller getroffen werden können.

Die Teilnehmenden an der dreitägigen Konferenz lernten auch das neue Online-Portal REEFLEX kennen. Hier sind pazifikweit alle Regularien zum Küstenfischfang und zu Aquakulturen eingestellt und man kann die Regeln und

Gesetze der einzelnen Länder direkt miteinander vergleichen. REEFLEX soll sich als Internet-basiertes Nachschlagewerk etablieren, in dem z.B. nach Mindestfangquoten oder Saisonfangzeiten in den einzelnen Staaten gesucht werden kann.

Außerdem sprach man über Aquakulturen. Hier ging es darum, Hygienevorschriften kennenzulernen und sich mit der Biosicherheit zu beschäftigen. Längerfristig wollen die Pazifikstaaten einen „*Action Plan on Aquatic Biosecurity*“ entwickeln und umsetzen.

Die Experten tauschten sich auch zu den unterschiedlichen Küstenfischfangmethoden in Polynesien, Mikronesien und Melanesien aus.

Besprochen wurden alle Themen vor dem Hintergrund, dass Pazifikstaaten auch in Zeiten des Klimawandels ihre Ernährung durch Küstenfischfang sichern wollen.

Organisiert worden war das Expertentreffen von der Abteilung „*Fisheries, Aquaculture and Marine Ecosystems*“ bei der *Pacific Community* (SPC). (*SPC Media* 29.10.19, 07.11.19)

40-jähriges Jubiläum der Forum Fisheries Agency

Seit 40 Jahren besteht die *Pacific Islands Forum Fisheries Agency* (FFA). Es handelt sich hier um eine 1979 gegründete zwischenstaatliche Organisation, die die regionale Zusammenarbeit ihrer Mitgliedsländer und die Koordinierung der Fischereipolitik in diesen Ländern erleichtern soll. Schwerpunkt der Zusammenarbeit ist die nachhaltige Bewirtschaftung der (auch der vom Aussterben bedrohten) Thunfischbestände und anderer wandernder Fischarten im Pazifischen Ozean.

Die Organisation hat ihren Sitz in Honiara (Salomonen). Seit 2018 steht Frau Dr. Manumatavai Tupou-Roosen aus Tonga an der Spitze der FFA. Die 17 Mitgliedsländer sind: Australien, Cook-

Inseln, Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, die Salomonen, Samoa, Tokelau, Tonga, Tuvalu und Vanuatu.

Das Motto der FFA lautet: „*Strengthening national capacity and regional solidarity for sustainable tuna fisheries*“.

Vom 7. bis zum 18. Oktober führte die FFA ein Manöver zur Entdeckung illegaler Fischfangflotten durch. 21,3 Millionen Quadratkilometer im Pazifischen Ozean wurden bei der „*Operation Kuru-kuru*“ auf der Suche nach illegalen Fischtrawlern in den ausschließlichen Wirtschaftszonen der FFA-Mitgliedsländer durchkämmt. Ziel war es, illegale und nicht gemeldete Fischfangflotten zu finden und zu stellen (*illegal, unregulated and unreported fishing*).

Während der 12-tägigen Aktion fanden Seepatrouillen statt. Außerdem gab es insgesamt 540 Stunden der Überwachung der Wirtschaftszonen aus der Luft. 131 Fischfangboote wurden auf See und in Häfen angehalten und kontrolliert, doch konnten nur vier Verstöße festgestellt werden.

An der Überwachungsaktion beteiligten sich auch Boote und Personal aus Australien, Frankreich, Neuseeland und den USA. Diese Länder nutzen die jährlichen FFA-Überprüfungen als Ausbildungslehrgänge für ihre Seeleute. (<https://www.ffa.int/>, Wikipedia, Pressemitteilung FFA 19.09.19, Matangi Tonga 25.10.19)

„Meeresstaubsauger“ im Einsatz

Als „System 001“ im Oktober 2018 in See stach, um Plastikmüll im Pazifischen Ozean einzusammeln, kam bereits nach knapp zweieinhalb Monaten das „Aus“ für den „Meeresstaubsauger“ des 1994 geborenen Niederländers und Studenten der Luft- und Raumfahrttechnik, Boyan Slat aus Delft. Der von ihm und einem knapp 100-köpfigen Team entwickelte „Staubsauger“ funktionierte

nicht richtig. Eingesammelter Plastikmüll wurde zurück ins Meer getrieben und ein 18 Meter langes Endstück eines der Saugarme hatte sich vom Gerät gelöst. Der „Staubsauger“ wurde zurück an Land geholt und dort repariert und technisch verbessert. Seit Anfang Juni 2019 schwimmt nun „System 001/B“ wieder im pazifischen Müllstrudel und seit Anfang Oktober funktioniert das „Einsammeln“ von Plastikmüll, wie es in einer Pressemitteilung von „*The Ocean Cleanup*“ heißt.

Der 25-jährige Boyan Slat postete auf Twitter ein Bild des eingesammelten Plastiks von System 001/B und schrieb dazu: „*Unser Ocean-Cleanup-System fängt endlich Plastik ein, von einem eine Tonne schweren Geisternetz bis hin zu kleinem Mikroplastik! Und vermisst jemand ein Rad?*“ Auf dem Twitter-Bild ist unter anderem ein alter Autoreifen zu sehen. Nach Angaben des Unternehmens ist das Gerät jetzt sogar in der Lage, Mikroplastik mit einer Größe von 1 mm aufzusaugen.

Um das Plastik aufzugreifen, ist das Gerät von *The Ocean Cleanup* mit Fangarmen ausgestattet. Die „Arme“ sind lange Röhren. Eine Verlängerung nach unten funktioniert wie eine Art Sieb, das Müll an der Meeresoberfläche abfischt. Damit der Meeresstaubsauger nicht unkontrolliert im Meer herumtreibt, wird er von einer im Wasser treibenden Ankerkonstruktion an Ort und Stelle gehalten.

Für Fische soll das Gerät ungefährlich sein, da sie unter den Fangarmen hindurchschwimmen können. Der Plastikmüll, der an den Armen hängenbleibt, soll in regelmäßigen Abständen von den Begleit-Booten eingesammelt werden.

The Ocean Cleanup will das erste Plastik von System 001/B Ende des Jahres an Land bringen. Was dann daraus wird, verrät das Unternehmen noch nicht. Aber so viel ist klar: Es wird recycelt. „*Es gibt einige coole Ideen, was wir damit machen. Aber es ist noch*

zu früh, das zu teilen“, sagt Boyan Slat bei einer Pressekonferenz. (<https://theoceancleanup.com/>, Utopia Newsletter 03.10.19)

Menschenrechtspreis für indonesische Anwältin

Die indonesische Menschenrechtsaktivistin und Anwältin Veronica Koman ist am 23. Oktober in Sydney von der australischen Nichtregierungsorganisation „*Council for International Development*“ mit dem „*Sir Ronald Wilson Human Rights Award*“ ausgezeichnet worden.

Koman musste Indonesien nach Drohungen wegen angeblicher politischer Provokation und Verbreitung regierungskritischer Nachrichten verlassen und in Australien Schutz suchen. Die indonesische Regierung hatte die engagierte Kämpferin für die Rechte der Papuas auf die „rote Liste“ der internationalen Polizeiorganisation *Interpol* gesetzt, damit galt Koman quasi als „vogelfrei“.

Die so genannte *Red Notice* von *Interpol* bedeutet das Ersuchen um Festnahme oder vorläufige Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung in das Heimatland des Gesuchten. Die indonesische Regierung hatte Koman des Verbreitens von Falschinformationen über die Menschenrechtsslage der indigenen Papuas angeklagt.

Zuflucht fand Koman in Australien, das die *Red Notice* zurückwies und Koman für ihr bürgerschaftliches Engagement für das Wohl vor allem der in Indonesien inhaftierten papuanischen Häftlinge auszeichnete.

Die studierte Anwältin unterstützt vor allem mit juristischem Rat die *Papuan Student Alliance*. Während der Studierendenproteste im August und September des Jahres verbreitete sie Fotos und Videos von den Demos. Nachdem das indonesische Militär tageweise das Internet blockiert hatte, waren Komans über den Nachrichtenkurzdienst Twitter abgesetzten tweets die einzigen Informationen,

die aus der blockierten indonesischen Provinz Westpapua nach außen drangen.

Info: Der „Sir Ronald Wilson Human Rights Award“ wird seit 2002 jährlich an Personen verliehen, die sich besonders um den Schutz der Menschenrechte verdient gemacht haben. Letztjähriger Preisträger war der kurdisch-iranische Journalist Behrouz Boochani. (*The Jakarta Post* 24.10.19, *Radio Nz Pacific* 24.10.19, <https://www.frontlinedefenders.org/en/profile/veronica-koman>)

Hacker-Angriff auf Internetdienstleister

Der in der EU ansässige Internetdienstleister *GreenNet*, der Webseiten für Menschenrechtsorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen betreibt, wurde am 22. und 23. November von Hackern attackiert. Die Art der Angriffe wurde als *Distributed Denial of Service* (DDoS) eingestuft. Derartige Angriffe zielen darauf ab, Server mit Millionen von Anfragen zu überfluten, bis die Kapazität der Server ausgelastet ist und schließlich nicht mehr für andere Internetnutzer verfügbar ist.

Nach Angaben von *GreenNet* dauerten die Angriffe jeweils genau eine Stunde, was darauf schließen lässt, dass die DDoS-Angriffe höchstwahrscheinlich von einer dritten Partei in Auftrag gegeben wurden. Bei einer forensischen Untersuchung fand *GreenNet* Indizien dafür, dass die Hackerangriffe die Veröffentlichung eines neuen Berichts über politische Gefangene in Westpapua in den Jahren 2018 und 2019 verhindern sollten. Der Bericht war wenige Tage zuvor von der britischen Menschenrechtsorganisation „*Papuans Behind Bars*“ veröffentlicht worden. *GreenNet* rief Einzelpersonen und Nichtregierungsorganisationen auf, den Bericht an eine möglichst große Leserschaft weiterzuleiten.

Info: *GreenNet* ist nicht die einzige Online-Plattform, die Opfer von

Cyberattacken wurde, nachdem sie bei der Veröffentlichung von Informationen über die Menschenrechtssituation in Westpapua mitwirkte. Mehrere kritische Online-Nachrichtenagenturen sind Berichten zufolge immer wieder von Hackern angegriffen worden. Die Online Nachrichtenplattform *Suara Papua* („Die Stimme Papuas“) wurde 2017 mehrfach von Hackern attackiert und musste ihre Webseite daraufhin für drei Monate aus dem Netz nehmen. Ähnliche Angriffe fanden wiederholt auf die Nachrichtenplattform *Jubi* statt. Nach Angaben eines Berichts, der 2019 von der indonesischen Nichtregierungsorganisation *SafeNet* veröffentlicht wurde wird *Jubis* Webseite jedes Jahr bis zu 24 Mal von unbekanntem Hackern attackiert. (*Westpapua-Netzwerk online* 16.12.19, <https://safenet.or.id/wp-content/uploads/2019/06/Laporan-Tahunan-SAFENet-2018.pdf>)

Neuer Chef der Atomtestveteranen-Vereinigung

Der pensionierte Gewerkschaftler und ehemalige Minister Hirohiti Tefaarere ist Mitte Oktober einstimmig zum neuen Präsidenten der französisch-polynesischen Atomtestveteranenbewegung „*Moruroa e tatou*“ (Moruroa und Wir) gewählt worden. Er ist Nachfolger des langjährigen Präsidenten Roland Oldham, der im März 2019 im Alter von 68 Jahren einer Krebserkrankung erlag.

Kurz nach seiner Wahl sagte Tefaarere, als erste Maßnahme seiner Präsidentschaft wolle er das Buch „*La bombe et nous*“ (Dt. „Die Bombe und Wir“) des französischen Anti-Atomkraft-aktivisten und Nuklear-Experten Bruno Barillot im Lehrplan aller Schulen Französisch-Polynesiens verankern. Die Aufklärungsarbeit über die durch Atombombentests verursachten (gesundheitlichen und Umwelt-) Schäden müsste bereits frühzeitig in den Schulen beginnen, forderte er.

Nach dem Tod von John Doom (†

2016), dem langjährigen Generalsekretär von „*Moruroa e tatou*“, und dem Ableben von Oldham im letzten Jahr, war es zunächst ruhig um die Organisation geworden. Nach Tefaareres Willen soll die Arbeit jetzt erneut mit frischen Kräften aufgenommen werden. Die protestantische Kirche von Französisch-Polynesien (*Église Protestante Maohi*) stellt weiterhin Gelder und ein Büro in ihrem Verwaltungszentrum in Pape'ete (Tahiti) zur Verfügung. Die Generalsekretärin der Maohi-Kirche, Céline Horoi, ist zur ehrenamtlichen Schatzmeisterin von „*Moruroa e tatou*“ ernannt worden und will sich an die Aufarbeitung und Finanzabrechnung des letzten Jahres machen.

Info: Die Nichtregierungsorganisation „*Moruroa e tatou*“ war am 4. Juli 2001 von Roland Oldham als regionaler Ableger der französischen Atomtestveteranenvereinigung AVEN (*Association des Vétérans des Essais Nucléaires*) gegründet worden. Tefaarere gehört zu den Gründungsmitgliedern.

(<https://la1ere.francetvinfo.fr/polynesie/tahiti/hiro-tefaarere-nouveau-president-moruroa-e-tatou-761329.html>, *Tahiti News* 16.10.19, Korrespondenz mit C. Horoi)

UN-Sonderberichterstatte in Fidschi

Vom 28. November bis zum 6. Dezember fand die Visitation Fidschis durch den UN-Sonderberichterstatte für das Recht auf Gesundheit (*Special Rapporteur on the Right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health*), Dainius Puras, statt. Der 61-jährige litauische Kinder- und Jugendpsychiater lehrt als Professor an der Universität von Vilnius. Er wurde im Juni 2014 zum UN-Sonderberichterstatte für das Recht auf Gesundheit gewählt.

Puras besuchte Suva, Labasa, Savusavu und Taveuni. Schwerpunkte seiner Visitation war das nationale Gesundheitssystem, das Recht von Frauen und Kindern auf

Gesundheit sowie die Auswirkungen des Klimawandels auf das Recht auf Gesundheit. Außerdem interessierte sich Puras für das Recht von Häftlingen auf ein gesundes Leben. Er besuchte die Psychiatrie in Suva und das vor Suva ankernde Krankenhausschiff „Veivueti“.

Auf der Abschlusspressekonferenz nach seinem achttägigen Besuch forderte Puras die fidschianische Regierung auf, sich besser gegen häusliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu engagieren. Er forderte die Einhaltung von Recht und Gesetz sowie die Anwendung von Strafen für Gewalttäter. Auch die von ihm beobachtete Diskriminierung der Geschlechter gefährde das Recht auf Gesundheit, betonte der Litau. Er bemängelte das Fehlen psychiatrischer Einrichtungen in ländlichen Gegenden und beklagte ebenso den Mangel an Frühförderstellen für gesundheitlich beeinträchtigte und entwicklungsverzögerte Kinder. Hier forderte er die Ausweitung des Angebotes an Therapieplätzen und therapeutischen Fördermöglichkeiten.

Für Juni 2020 hat Puras seinen ausführlichen Visitationsbericht angekündigt. Er wird diesen dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf vorlegen. (SR Health OHCHR 28.10.19, Background note, Radio NZ Intern 7.12.19)

Erste Oralchirurgin im Pazifik

Oripa Waqa aus Fidschi ist die erste approbierte Oralchirurgin (Zahnärztin mit Schwerpunkt Chirurgie) im Pazifik. Die promovierte Zahnärztin machte jetzt ihren Doktor in Oralchirurgie an der *University of Otago* (Dunedin, Neuseeland). Dort war sie die einzige Frau aus einem pazifischen Inselstaat in diesem fachzahnärztlichen Gebiet.

Nach ihrem sehr guten Abschluss Anfang Dezember kehrte Waqa nach Fidschi zurück. Hier wird sie zunächst an der *Fiji National Uni-*

versity arbeiten. Längerfristig plant sie den Aufbau einer eigenen zahnchirurgischen Praxis.

(*Otago News* 09.12.19, https://www.researchgate.net/profile/Oripa_Waqa2)

Aktueller Gezeitenkalender

Die Abteilung „*Geoscience, Energy and Maritime*“ der *Pacific Community* (SPC) hat Mitte Dezember 1.900 Gezeitenkalender an die nationalen pazifischen Wetterdienste in 23 Ländern Ozeaniens verteilt. Diese Kalender werden jährlich mit Hilfe australischer staatlicher Entwicklungshilfegelder finanziert vom „*Climate and Oceans Support Program in the Pacific*“ (COSPPac).

Die Daten für die Gezeitenkalender werden vom australischen Wetterdienst und dessen „Gezeitenabteilung“ für die einzelnen Pazifikstaaten berechnet. Dazu liefern auch die regionalen „*Pacific Sea Level and Geodetic Monitoring Stations*“ die Daten zu.

Bei einer Befragung unter 94 Abnehmern des Gezeitenkalenders 2018 gaben 84 % aller Befragten an, der Kalender sei „*nützlich oder sehr nützlich*“ für ihre Arbeit. So nutzt beispielsweise der Hafenmeister in Port Vila (Vanuatu) den Gezeitenkalender, um das Be- und Entladen von Frachtern zu steuern. Ein Anbieter von Surfkursen auf den Cook-Inseln berichtete, er plane seine Kurse entsprechend der Gezeiten. Und der Direktor des Wetterdienstes in Kiribati erklärte, man nutze den Kalender zur Vorhersage so genannter „*Monsterwellen*“, die eine Gefahr für die Süßwasserlinse unter den Atollen darstellen.

Hier geht es zum Tiden-Kalender: <http://oceanportal.spc.int/portal/library/>

(Pressemitteilung SPC 10.12.19, <http://www.bom.gov.au/oceanography/projects/spslcmpt/tidecalendars.shtml>)

Digitalisierung von Audio-Aufnahmen

Ein Team der *University of California* (UCL) in San Diego (USA) hat Sondermittel zur Digitalisierung von rund 800 Magnetbandspulen erhalten. Dabei handelt es sich um Aufnahmen, die Ethnologen auf den Salomonen und in Papua-Neuguinea aufgezeichnet haben. Projektleiter Erik Mitchell sagte über das ehrgeizige „*Recordings at risk*“-Projekt, es gehe darum, die Aufnahmen für die Nachwelt zu sichern und sie auch online den Menschen zur Verfügung zu stellen, in deren Gemeinden die Aufnahmen von Ethnologen gemacht worden seien. Die Magnetbandspulen seien nach Jahren der Lagerung in Magazinen brüchig und drohten, nicht mehr abspielbar zu sein.

Cristela Garcia-Spitz, die für Melanesien zuständige Kuratorin an der UCL, erklärte, sie hoffe, die digitalisierten Medien fänden ihren Weg zurück zu den Menschen.

Begeistert von dem Projekt zeigte sich Wilson Orisi vom Volk der Kwaio auf der Insel Malaita (Salomonen). Er und seine Dorfgemeinschaft waren mehrfach von dem amerikanischen Ethnologen Roger Keesing besucht worden. Er sei damals noch ein Kind gewesen und könne sich daran erinnern, wie Keesing Tonaufnahmen und Interviews geführt habe. Seit Jahren habe er versucht, an diese Bänder zu kommen, um ein Stück der Familiengeschichte und der Geschichte seines Klans aufarbeiten zu können, erklärte Orisi. Die Bänder könnten Aufschluss über die Genealogie der Kwaio geben und auch dazu führen, jahrelange Landstreitigkeiten beizulegen. Da die Kwaio ihre Geschichten nur mündlich überliefert haben, seien die Tonaufnahmen nun endlich die Gelegenheit, mehr über die Vergangenheit seines Volkes zu erfahren, sagte Orisi weiter.

Info: Professor Roger Martin Keesing (16. Mai 1935 – 7. Mai 1993) war ein amerikanischer Ethnologe und Linguist. Sein

Standardwerk zu den Kwaio „*Kwaio descent groups*“ erschien 1966. 1975 gab Keesing das erste Englisch-Kwaio Wörterbuch heraus. Er starb 1993 während eines Empfangs an einem Herzinfarkt. Seinem Wunsch entsprechend wurde seine Asche nach Malaita gebracht, wo ihm von den Menschen, mit denen er zusammengearbeitet und -gelebt hatte, der Status eines „Ahnengeistes“ verliehen wurde. (*Pacific Beat* 11.11.19, Wikipedia)

Feine Matten aus Samoa sind UNESCO-Kulturerbe

Auf der 14. Sitzung des „*Intergovernmental Committee for the Safeguarding of the Intangible Cultural Heritage*“ vom 9. bis 14. Dezember 2019 in Bogota (Kolumbien) hat die UNESCO 15 kulturelle Praktiken neu in das immaterielle Weltkulturerbe der Menschheit aufgenommen.

Die 24 Mitglieder des Ausschusses befassten sich mit den Anträgen auf Aufnahme in die Welterbeliste. Gleich zwei Fertigkeiten in der asiatisch-pazifischen Region wurden erfolgreich zum immateriellen Erbe ernannt:

1) In Thailand schaffte es die traditionelle Thai-Massage „Nuad Thai“ auf die Liste. Sie ist eine Mischung aus sanfter Bewegung, Positionen des Yoga, Dehn- und Streckübungen, rhythmischer Druckmassage, Meditation und Reflexzonenbearbeitung. Der Massierte trägt während der Behandlung, die auf einer Matte am Boden praktiziert wird, leichte Kleidung. Öl kommt nicht zum Einsatz, da der Masseur jederzeit rutschfreie Griffsicherheit benötigt. Er setzt bei der Nuad Thai seinen ganzen Körper ein: Mit Händen, Ellenbogen, Füßen und Knien wird der Klient von Kopf bis Fuß systematisch bewegt, gelockert, gedehnt und gedrückt – manchmal läuft der Masseur vorsichtig mit Füßen oder sogar Händen auf dem Körper herum. Damit sollen der thailändischen Heilkunde zufolge Verspannungen und Blockaden entlang der Energiebahnen des Körpers gelöst werden.

2) Ebenfalls neu aufgenommen wurden die „Feinen Matten“ (*ie toga*) aus Samoa. Diese werden aus schmalen, getrockneten Pandanus-Streifen geflochten, der Herstellungsprozess dauert oft Jahre. Die Matten werden bei traditionellen Zeremonien übergeben, geschenkt und getauscht. „Feine Matten“ sind eine Besonderheit der samoanischen Kultur. Auf den ersten Blick hält man sie für ein Objekt des Wohnbedarfs. Damit haben sie aber gar nichts zu tun. Benutzt werden Feine Matten im täglichen Leben nie. Sie sind hochwertige Prestigeobjekte und Geschenke und symbolisieren eine Schlüsselposition der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie sind eine besondere Währung der Anerkennung. Diese kommt zum Ausdruck beim Schenken und Erhalten von möglichst vielen, großen und wertvollen alten „Feinen Matten“. Dies geschieht bei allen wichtigen Anlässen im Leben eines Menschen: Zur Geburt, zur Hochzeit, zum Tode werden je nach Stand und Würde eine Vielzahl von „Feinen Matten“ geschenkt.

(<https://ich.unesco.org/en/14com>,
<http://www.samoa1904.de/feinematte.html>)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Voyager 1 mit Flötenmusik unterwegs

Bei der Eröffnung einer Konferenz zum aktuellen Stand des Kunst- und Kulturbetriebs in Papua-Neuguinea berichtete Kultus- und Tourismusminister Emil Tammur voller Begeisterung von dem einzigartigen musikalischen Kulturgut, der Bambusflötenmusik. Eine Aufnahme dieser Musik befindet sich an Bord der *Voyager 1* und ist damit das am weitesten von der Erde entfernte menschliche Objekt im Weltall, wie Tammur sagte: „*It is the most distant man-made object in space*“.

Die Bambusflötenmusik war im Jahr 1964 im Dorf Kandingel in der Sepik-Provinz von Robert MacLennan aufgezeichnet worden. Das Musikstück ist 1:20 Minuten lang.

Die seitengeblasenen Bambusflöten gehören im Sepik zu den sakralen Instrumenten. Sie werden paarweise synkopisch von Männern gespielt. Jungen lernen während der Vorbereitungszeit zu ihrer Initiation das Geheimnis der Spielweise. Die „Geisterflöten“ ohne Fingerloch sind an der Unterseite offen. Durch Überblasen und Schließen der Endöffnung mit der Handfläche kann die Tonhöhe variiert werden.

Zur Bestückung der *Voyager 1* hatte ein Team von Wissenschaftlern unter Leitung von Dr. Carl Sagan von der *Cornell University* aus einer Vielzahl von Vorschlägen Bild- und Audio-Informationen ausgewählt, die im Falle eines Auffindens der Raumsonde durch andere Lebensformen im Weltall Aufschluss geben sollten über den Stand der menschlichen Entwicklung und seiner Kulturgüter auf dem Planeten Erde. Die Aufnahmen sind gespeichert auf einer Datenplatte aus Kupfer, die als Schutz vor Korrosion mit Gold überzogen ist, die sogenannte „Voyager Golden Record“. Auf der Vorderseite befinden sich unter anderem eine Art Gebrauchsanleitung und eine Karte, die die Position der Sonne in Relation zu 14 Pulsaren anzeigt.

Die Original-Audio-Aufnahme von 1964 soll demnächst feierlich an die jetzigen Bewohner von Kandingel ausgehändigt werden, wie Minister Tammur weiter erklärte. Für ihn sei es ein erhebendes Gefühl, zu wissen, dass ein Stück der Heimat sich nun 22 Milliarden Kilometer von der Erde entfernt im interstellaren Raum befände.

Papua-Neuguinea täte gut daran, sich auf die ureigenen Traditionen und Kulturgüter zu konzentrieren, ermahnte der Minister die Konferenzteilnehmenden. Man brauche keine ausländischen Experten oder so genannte Consultants, um zu wissen, was „das Typische“ für

die neuguineische Kultur sei. Schon seit über 40 Jahren sei typische Musik aus Neuguinea im Weltall unterwegs, so der Minister am Ende seiner Eröffnungsrede.

Info: *Voyager 1* ist eine Raumsonde der US-amerikanischen Raumfahrtbehörde NASA zur Erforschung des äußeren Planetensystems und des interstellaren Raums im Rahmen des Voyager-Programms. Sie wurde am 5. September 1977 vom Launch Complex 41 auf Cape Canaveral mit einer Titan-III-Centaur-Rakete gestartet. Die Sonde sendet noch heute regelmäßig Daten zur Erde.

Auf der „Golden Record“-Platte befinden sich neben Fotos auch Grüße in verschiedenen Sprachen sowie 27 Audio-Aufnahmen, darunter aus dem Pazifik Gamelan-Musik aus Java, zwei Songs der Aborigines aus Australien sowie Panflötenmusik aus den Salomonen. Auch Werke von Bach, Mozart und Beethoven sind mit an Bord.

Auf der Seite der NASA kann man sich anschauen und anhören, welche Bild- und Tondokumente auf der Kupferplatte gespeichert sind. (<https://voyager.jpl.nasa.gov/>, *Postcourier* 30.10.19)

<https://voyager.jpl.nasa.gov/golden-record/whats-on-the-record/>

PNG-Menschenrechts-Filmfestival

Im Rahmen des zehnten „*Human Rights Film Festival*“ liefen im Zeitraum zwischen Ende September und Anfang November in Madang, Lae, Port Moresby und Goroka lokale, in Papua-Neuguinea gedrehte Filme, rund um die Themen Gesundheit, Ernährung und Bewahrung der Umwelt.

Das Festival endete mit einem zweitägigen Festakt Anfang November in Alotau (Milne Bay). Hier wurde die preisgekrönte Dokumentation „*Gwala is Life*“ gezeigt, die den traditionellen Umgang mit begrenzten Ressourcen zeigt und

auf Bwanabwana Island in der Milne Bay gedreht worden war.

Im Rahmen des Festivals fanden auch verschiedene Workshops zu den Menschenrechten statt, u.a. zum Recht auf Gesundheit und zum Recht auf eine gesunde Umwelt. Außerdem wurden Technikworkshops im Filmen und Schneiden angeboten.

Das Filmfestival wurde durchgeführt vom regionalen Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in Kooperation mit der Weltgesundheitsorganisation und dem Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen.

Es stand unter dem Motto „*Stand with me for rights in PNG*“.

(*Radio NZ Intern.* 08.11.19, <https://www.facebook.com/PNGHRFF/>)

Sinkende Internetkosten

Ab 2020 wird das Internet um 42% günstiger als es derzeit ist. Das sagte der Geschäftsführer des lokalen Internetanbieters *PNG DataCo*, Une O’Ome, anlässlich einer Pressekonferenz Mitte November im Hilton Hotel in Port Moresby. Grund dafür ist die erfolgreiche Verlegung eines unterseeischen Kabels zwischen Sydney (Australien) und Port Moresby, über die die Daten schneller geschickt werden können.

Zurzeit beträgt die Datengeschwindigkeit 35 Mbit pro Sekunde. Mit Inbetriebnahme des *Coral Sea Cable Systems* sollen dann 1.000 MB pro Sekunde durch das Kabel rauschen und über Funkmasten an die Kunden verteilt werden.

Wie *DataCo*-Geschäftsführer O’Ome erklärte, bezahlen Endverbraucher bis dato 640 Kina pro Gigabyte. Ab 2020 soll der Preis auf 350 Kina/Gigabyte fallen, das entspricht einem Preisnachlass von 42 %. (*PNG Business News* 10.11.19, <https://emtv.com.pg/png-to-expect-42-reduction-in-wholesale-internet-price-in-2020/>)

BOUGAINVILLE

Überwältigende Mehrheit für Unabhängigkeit

Vom 23. November bis zum 7. Dezember 2019 konnten 206.731 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger in einer Volksabstimmung über die politische Zukunft der zu Papua-Neuguinea gehörenden autonomen Region Bougainville abstimmen. 85 % der Wahlberechtigten machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Von den abgegebenen Stimmen waren 181.067 Stimmen gültig, 1.096 Stimmen waren ungültig. 3.043 (2,3 %) entschieden sich für eine größere Autonomie der Insel. 176.928 kreuzten hingegen die totale Unabhängigkeit an. Dies entspricht 97,71 % aller Stimmen. Die Fragestellung auf dem Wahlzettel lautete: „*Do you agree for Bougainville to have: (1) Greater Autonomy or (2) Independence?*“

Das Referendum wurde im Friedensabkommen von 2001 festgelegt, allerdings ist es noch nicht bindend, sondern bedarf der Ratifizierung durch das Parlament von Papua-Neuguinea. Das Parlament tritt nach seiner langen Weihnachtspause erst wieder am 11. Februar 2020 zusammen.

Info: Das Friedensabkommen aus dem August 2001 enthielt zwei zentrale Elemente einer politischen Neuordnung der Insel: 1) Weitreichende Autonomie für Bougainville innerhalb PNGs, so wie 2) ein Referendum über den künftigen politischen Status innerhalb der nächsten 15 bis 20 Jahre. Beide Forderungen aus dem Abkommen gelten nun als erfüllt.

(diverse Pressemitteilungen auf <http://www.abg.gov.pg/peace-agreement/referendum>, Facebook-Posts, <http://www.parliament.gov.pg/>)

SALOMONEN

Kein Pachtvertrag zwischen China und Tulagi

Im September des Jahres kündigten die Salomonen (und wenig später auch Kiribati) dem langjährigen diplomatischen Partner Taiwan und nahmen stattdessen offiziell diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China auf. Infolgedessen kam es zu einem Pachtvertrag zwischen der Central Province und dem staatsnahen chinesischen Technologie- und Energie-Konzern *Sam Enterprise Group* aus Peking. Die Provinzregierung der Central Province verpachtete vertraglich die gesamte Insel Tulagi über einen Zeitraum von 75 Jahren an *Sam Enterprise*.

Dieser Pachtvertrag ist jedoch ungültig und ungesetzlich, wie der Generalbundesanwalt der Salomonen nun erklärte. Eine einzelne Provinz könne ohne Zustimmung der Regierung keine Pachtverträge schließen. Der Vertrag sah eine mehrjährige Entwicklung der Insel und „strategische Zusammenarbeit“ vor. Geplant war der Bau einer Fischereibasis und der „Bau oder Ausbau des Flughafens“. Obwohl es auf den Salomonen keine bestätigten Öl- oder Gasreserven gibt, sollte mit dem Abkommen zumindest die Möglichkeit eines entsprechenden Öl- und Gasterminals offengehalten werden.

Der Gouverneur der Central Province, Stanley Manetiva, der den Pachtvertrag persönlich unterschrieben hatte, erklärte, er werde sich dem Willen der Regierung beugen müssen und den Vertrag aufheben. Hua Chunying, Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, äußerte Unverständnis in dieser Angelegenheit.

Der amerikanische Verteidigungsminister Mark Esper begrüßte die Entscheidung der salomonischen Regierung. Die USA befürchteten bei Bekanntgabe des Vertrages, dass sich China einen geostrategischen Vorteil im Pazifik verschaffen könnte. So sehen die

USA die Salomonen insgesamt als wesentliche Inselgruppe, um China ‚in Schach zu halten‘ und wichtige Seerouten zu sichern.

Info: Tulagi liegt 170 Meter vor der Südküste der großen Nachbarinsel Nggela Sule und rund 30 Kilometer nördlich der Insel Guadalcanal am Ironbottom Sound. Die Insel ist 5,5 km lang und hat 1.251 Einwohner. Die gleichnamige Stadt Tulagi war von 1896 bis 1942 die Hauptstadt des britischen Salomonen-Protektorats. Im Mai 1942 besetzte die japanische Armee die Insel, um einen Luftwaffenstützpunkt zu errichten. Im August des Jahres landeten US-Truppen und nahmen die Insel nach einer blutigen Schlacht ein. (*Reuters 25.10.19, <https://orf.at/stories/3141086/>, Wikipedia*)

China investiert in Mine und plant Wiedereröffnung

Die chinesische Firmengruppe *Wanguo International Mining* hat die stillgelegte Gold Ridge Mine 30 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Honiara gepachtet und plant dort den Auf- und Ausbau der Goldmine sowie den erneuten Goldabbau. Dazu hat *Wanguo* einen Auftrag in Höhe von 825 Millionen US-Dollar an die *China Railway Group Limited* vergeben. Dieser staatseigene Konzern soll das Gebiet um die Mine infrastrukturell mit Eisenbahnschienen, Brücken, Straßen, einem Stromkraftwerk und einem Hafen erschließen. In einem ersten Schritt soll der Berg abgetragen werden, damit der Bau weiterer Anlagen auf ebener Fläche erfolgen kann und der Goldabbau im Tagebergbau erfolgen kann. Die Anlagen sollen nach ihrer Fertigstellung im Besitz der Chinesen bleiben und nicht an die Salomonen übergeben werden.

Der Pachtvertrag war bereits im September zu Stande gekommen, nur wenige Tage, nachdem die Salomonen offiziell diplomatische Beziehungen zu China aufgenommen hatten. Der Vertrag läuft zunächst bis März 2034.

Am 26. Oktober fand auf dem Minengelände eine feierliche Zeremonie statt, an der traditionelle Landeigner, Vertreter der Regierung der Salomonen, chinesische Regierungsvertreter sowie Vertreter der chinesischen Eisenbahngesellschaft und der Inhabermfirma teilnahmen. Dabei sagte ein Sprecher der Landeignervereinigung, bei dem Pachtvertrag mit den Chinesen handle es sich seiner Meinung nach um eine rein kommerzielle Angelegenheit ohne (geo-)politische Interessen der Chinesen.

Peter Strachan, ein unabhängiger australischer Analyst, erklärte, das Bauvorhaben der Chinesen in der Gold Ridge Mine sei „*way over the top*“ (Zitat) angesichts der geringen Goldreserven, die die Mine zu bieten habe. Seiner Ansicht nach stünden bei dem Pachtvertrag andere Interessen im Vordergrund.

Info: Die Goldmine hat seit ihrer Inbetriebnahme 1998 eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Die Eigentümer wechselten des Öfteren. Die Mine war auch immer wieder für längere Zeit wegen sozialer Unruhen, Umweltkatastrophen und Finanzskandalen geschlossen. Zu ihrer Hochzeit trug sie mit bis zu 30 % zum Bruttoinlandsprodukt der Salomonen bei. Zuletzt war die Mine im Besitz des australischen Bergbaukonzerns *St. Barbara Ltd.* Der Konzern beendete den Abbau im April 2014, nachdem sinflutartige Regenfälle die Anlagen zerstört hatten. Im Mai 2015 war die Mine für den symbolischen Preis von 100 australischen Dollar an die traditionelle Landeignervereinigung *GoldRidge Community Investment Limited* verkauft worden. (*ABC News 30.10.19, <https://www.taiwannews.com.tw/en/news/3780779>, <http://www.globalconstructionreview.com/news/chinese-groups-target-825m-mining-and-infrastructure/>*)

Neuer Vertreter bei UN

Der Solomon Islander Dr. Transform Aqorau ist neuer Vertreter der Salomonen bei den Vereinten Nationen (UN) in New York. Er tritt

seine Stelle im Lauf von 2020 an. Aqorau war zuvor von 2010 bis 2016 Geschäftsführer der „Parties to the Nauru Agreement“, einem Abkommen von neun pazifischen Inselstaaten über die Fischerei im nördlichen und westlichen Pazifik mit Sitz in Majuro (Marshall-Inseln). Er verfügt über eine 20-jährige Arbeitserfahrung in verschiedenen pazifischen Gremien und Arbeitsgruppen.

Aqorau hat drei Universitätsabschlüsse: Er hat einen Bachelor in Rechtswissenschaften von der *University of Papua New Guinea*, einen Master in Jura von der *University of British Columbia* (Kanada) sowie einen Doktor in Rechtswissenschaften von der *University of Wollongong* (Australien).

Derzeit ist Dr. Aqorau noch Visiting Fellow an der *Australian National University* in Canberra. Hier schreibt er an einem Buch mit dem Titel „Fishing for Success: Lessons for Pacific Regionalism“. (<https://www.rmz.co.nz/international/pacific-news/402442/former-pna-ceo-gets-unposting>, <https://www.usp.ac.fj/index.php?id=8813>)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin.]

„Fake News“ – Gerüchte über erneuten Militärputsch sorgen für Verunsicherung

Ende September haben sich insbesondere über die sozialen Medien mit großer Geschwindigkeit Gerüchte über einen möglichen kurz bevorstehenden erneuten Militärputsch in Fidschi verbreitet, die sich zwar nicht bewahrheitet, jedoch trotzdem für große Verunsicherung gesorgt haben. Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppierungen sollen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Mitglieder zu erhöhter Vorsicht aufgrund möglicherweise unmittelbar bevorstehender Unruhen aufgerufen haben. In der Hauptstadt Suva blieben als Vorsichtsmaßnahme am 23. Septem-

ber 2019, an dem laut den Gerüchten ein möglicher Putsch hätte stattfinden sollen, zahlreiche Geschäfte und Büros geschlossen und die *Fiji Muslim League* ordnete an dem Tag besondere Sicherheitsmaßnahmen an den von ihr betriebenen Schulen an. Wenige Tage nach dem 23.09.2019 hatte sich die Lage jedoch wieder normalisiert.

Die fidschianische Regierung und das fidschianische Militär sprachen von *Fake News*, Premierminister Voreqe Bainimarama persönlich dementierte die Gerüchte. Ebenso sahen sich hochrangige Vertreter von Polizei und Militär zu Stellungnahmen veranlasst, um die Gerüchte zu entkräften. Der Polizeichef Rusiate Tudravu sagte in einer landesweit ausgestrahlten Radiosendung beispielsweise, die Menschen sollten sich nicht durch Gerüchte aus den sozialen Medien verunsichern lassen, der 23. September sei ein ganz normaler Tag wie jeder andere auch. Auch Colonel Manoa Gadai von den *Royal Fijian Military Forces* (RFMF) wies die Gerüchte zurück und behauptete, dass die Drahtzieher der Gerüchte aus dem Ausland stammten.

Andere Unterstützer der Regierung von Voreqe Bainimarama, der sich selbst im Jahr 2006 als damaliger Chef der fidschianischen Streitkräfte an die Macht gesetzt hatte und seitdem zweimal in Wahlen wiedergewählt worden ist, vermuten, dass die Drahtzieher der Gerüchte im fidschianischen Parlament sitzen und bewusst Unruhe stiften wollten. Verschiedene Regierungsvertreter warfen den Abgeordneten des Parlaments Versagen dabei vor, den Menschen in Fidschi ein Gefühl der Sicherheit zu geben – und meinen damit wohl vor allem die oppositionellen Abgeordneten. Wie die ehemalige Parlamentsabgeordnete Tupou Draunidalo *Radio New Zealand International* sagte, würden die Gerüchte auch deshalb auf fruchtbaren Boden fallen, weil im Parlament weiterhin über alle Parteigrenzen hinweg frühere Putschbeteiligte in wichtigen Positionen sitzen – unter anderem Sitiveni Rabuka, der

Putschführer von 1987 und später gewählte Premierminister, der heute Vorsitzender der größten Oppositionspartei SODELPA ist.

Tupou Draunidalo sagte *Radio New Zealand International* außerdem, es gebe in Fidschi immer wieder Gerüchte über angebliche geplante Aktionen des Militärs. Die Gerüchte im September hätten jedoch eine andere Qualität gehabt, weil sie sich in großer Geschwindigkeit verbreitet und anders als in vergleichbaren Fällen zuvor tatsächliche Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden der Menschen in Fidschi gehabt hätten. Mehrere Interviews z.B. der *Fijian Broadcasting Corporation* scheinen zu belegen, dass am 23. September 2019 deutlich weniger Menschen als üblich in den Straßen der Hauptstadt Suva unterwegs gewesen seien und landesweit an zahlreichen Schulen kein Unterricht stattgefunden habe. Der für Arbeit zuständige Minister Parveen Kumar gab im November bekannt, dass Arbeitgebern in Fidschi aufgrund der Gerüchte und daraus resultierenden Verunsicherung mehrere Millionen Fidschi-Dollar Schaden entstanden seien, außerdem hätte an einigen Schulen sogar für mehr als einen Tag kein Unterricht stattgefunden. Er sprach in seinem Bericht auch von mehreren Menschen, die sich in Folge der Gerüchte in psychologische Behandlung begeben mussten. (*Radio New Zealand International*: 23.9.19, *FBC News* 18.9.19, 20.9.19, 24.9.19, 8.11.19, *Fiji Sun* 17.9.19, 18.9.19, eigene Facebook-Beobachtungen)

Anklage nach 5-fachem Todesfall

Nach dem rätselhaften Tod von fünf Menschen, darunter zwei Kindern, in den Nausori Highlands, über den wir in der letzten Ausgabe der „Pazifik aktuell“ ausführlich berichtet haben, haben die fidschianischen Behörden Anklage gegen einen 62-jährigen in Neuseeland lebenden Fidschianer erhoben. Ihm wird vorgeworfen, sich als „Wunderheiler“ („witch doctor“) zu betätigen und vor dem

Tod von der verstorbenen Familie konsultiert worden zu sein. Die Ermittler gehen weiterhin davon aus, dass die fünf Menschen vermutlich bei einem Ritual nach der Einnahme einer chemischen Substanz, die in allen Leichen entdeckt wurde, gestorben sind.

Der Angeklagte befindet sich in Untersuchungshaft in Fidschi und bestreitet alle Vorwürfe. Der Fall wird nun vor dem *Lautoka High Court* verhandelt. Dem gesunden Kleinkind, welches bei den fünf Leichen entdeckt wurde, geht es gut. Es ist jetzt bei seiner leiblichen Mutter. (*Daily Mail* 16.9.19, *Radio New Zealand International* 5.11.19, siehe letzte Ausgabe)

Masernausbruch in Fidschi

Der derzeitige Masernausbruch in verschiedenen pazifischen Inselstaaten betrifft auch Fidschi. Bis zum 14. Dezember 2019 wurden 21 Masernfälle gezählt. Ein Großteil der Fälle sei in der Gegend von Serua/Namosi aufgetreten, je zwei Fälle jedoch auch in der Region Rewa und in der fidschianischen Hauptstadt Suva. Vor allem die Fälle in der dicht besiedelten Großstadt Suva bereiten den fidschianischen Behörden und auch der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Sorgen. Auf Anordnung des Bildungsministeriums wurde eine für Dezember geplante Graduationsfeier der *University of Fiji* auf den März kommenden Jahres verschoben, um eine weitere Ausbreitung der Masern zu verhindern.

Aufgrund eines Engpasses an Impfstoffen, der Anfang Dezember behoben sein sollte, konnten die fidschianischen Behörden zunächst jedoch nicht großflächig impfen, sondern fokussierten eine Impfkampagne auf besondere Risikogruppen, darunter 20.000 Menschen in der besonders betroffenen Region Seru/Namosi und Kleinkinder. Trotzdem konnten bis Anfang Dezember bereits knapp 100.000 Menschen geimpft werden. Auch verschiedene Berufsgruppen wie Taxi-Fahrer, die in Kontakt zu vielen Menschen

kommen, sorgen sich vor einer Ansteckung und haben die Regierung aufgefordert, Impfstoffe für sie zur Verfügung zu stellen. (*Radio New Zealand International* 28.11.19, 29.11.19, *FBC News* 3.12.19)

Tätlichkeit vor Parlament: Keine Strafverfolgung gegen Bainimarama

Der vermeintliche tätliche Übergriff von Premierminister Voreqe Bainimarama auf den oppositionellen Parlamentsabgeordneten Pio Tikoduadua am 9. August 2019, über den wir in der letzten Ausgabe der „Pazifik aktuell“ ausführlich berichtet haben, hat keine strafrechtlichen Konsequenzen für Bainimarama. Dies teilte der Direktor der fidschianischen Staatsanwaltschaft, Christopher Pryde, nun mit. Wie bereits berichtet, hatte sich im Nachgang des Zwischenfalls ein Parlamentsausschuss mit der zunächst verbalen und dann möglicherweise auch tätlichen Auseinandersetzung zwischen Bainimarama und Tikoduadua befasst.

Das Parlament war schließlich mit den Stimmen der Regierungspartei *Fiji First* der Empfehlung des Ausschusses gefolgt und hatte beide Politiker zu einer Entschuldigung für verbale Beleidigungen aufgefordert – und Tikoduadua suspendiert, nachdem dieser der Aufforderung nicht nachgekommen war. Da der Zwischenfall auf dem Parlamentsgelände erfolgt sei und es bereits eine Beweisaufnahme und Anhörung durch den zuständigen Parlamentsausschuss, der befugt sei, die Abgeordneten zu disziplinieren, gegeben habe, sieht Oberstaatsanwalt Pryde keine Notwendigkeit einer weiteren strafrechtlichen Verhandlung vor einem Gericht. Er bestätigte jedoch auch, dass der vorliegende Verdachtsfall zu einem Gerichtsverfahren hätte führen müssen, sofern der Parlamentsausschuss nicht selbst eine Aufarbeitung des Zwischenfalls gestartet hätte.

Tikoduadua hatte zuvor Medien erzählt, dass der Fall trotz der be-

reits erfolgten Anhörung im Parlament nun auch noch vor einem Gericht verhandelt werden sollte. Die tätliche Aktion Bainimaramas in Folge eines Streitgesprächs war von einer Videokamera aufgezeichnet, die Aufnahmen später publik geworden. Die beiden Angestellten des Parlaments, welche die Aufnahmen angefertigt hatten, sind Medienberichten zur Folge mittlerweile zum Rücktritt gezwungen worden. (*Radio New Zealand International* 15.10.19, 17.10.19)

UN-Menschenrechtsrat besorgt über Meinungs- freiheit - Verhör von Teenager nach regierungs- kritischem Online-Beitrag

Der UN-Menschenrechtsrat hat sich bei seiner regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung der Menschenrechte in den UN-Mitgliedsstaaten besorgt über die Meinungsfreiheit in Fidschi geäußert und die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um Angriffe auf die Meinungsfreiheit zu unterbinden.

Bei der Überprüfung Fidschis durch das UN-Gremium in Genf Anfang November wurde insbesondere bemängelt, dass der im Januar in Kraft getretene *Online Safety Act* missbraucht werden könnte, um Regierungskritiker in Fidschi zum Schweigen zu bringen. Ähnliche Sorgen hatten zuvor bereits Menschenrechtsaktivisten aus dem Land geäußert. Bisher ist das Gesetz noch nicht angewandt worden, um Personen strafrechtlich zu verfolgen. Experten sind jedoch der Meinung, dass einige Formulierungen des Gesetzes unklar sind und somit Spielräume für die Einschränkung von freier Meinungsäußerung bieten.

Im September hatte bereits ein nicht autorisiertes Verhör eines 16-jährigen Teenagers wegen eines kritischen Beitrags über Premierminister Voreqe Bainimarama in den sozialen Medien für Aufsehen gesorgt. Der Junge sei Ende September von zwei in zivil gekleideten angeblichen Angehörigen des Militärs zu Hause abge-

holt und fast zwei Tage lang festgehalten und dabei verhört worden. Nach Bekanntwerden des Falls unterstrich das fidschianische Militär – allerdings erst mit mehreren Tagen Verspätung –, dass sie das Verhör nicht autorisiert hätten und dazu auch gar nicht befugt gewesen wären.

Lieutenant-Commander Saula Tuilevuka sagte, die Armee könne keine Zivilisten festnehmen oder verhören, dies dürfe nur die Polizei tun. Daher hätte die Familie des Jungen diesen nicht den angeblichen Militärs übergeben dürfen. Laut Aussage der Familie hätten die Männer aber keinerlei Fragen zugelassen und seien sehr fordernd aufgetreten. Tuilevuka sagte, jeder könne in das Haus eines anderen gehen und behaupten, dem Militär anzuhören. Der Fall wurde anschließend der Polizei für eine Untersuchung übergeben. Das Vorgehen der Männer, die sich als Militärs ausgegeben haben, erinnert jedoch durchaus an das frühere Vorgehen des Militärs zur Einschüchterung von Kritikern während der früheren Militärregierungen. (*Radio New Zealand International* 27.9.19, 30.9.19, 11.11.19)

NFP fordert Verfassungs-Revision

Die fidschianische Opposition fordert eine Überprüfung der 2013 in Kraft gesetzten fidschianischen Verfassung. Biman Prasad, der Vorsitzende der *National Federation Party* (NFP), der kleineren der beiden im Parlament vertretenen Oppositionsparteien, kritisiert, die 2013 von der militärischen Übergangsregierung unter dem heutigen Premierminister Voreqe Bainimarama erarbeitete Verfassung sei den Menschen in Fidschi aufgezwungen worden. Er schlägt vor, dass das Parlament eine Kommission einsetzt, welche die Verfassung überprüft und gegebenenfalls überarbeitet. Als Vorbild könnte die Erarbeitung der vorherigen Verfassung von 1997 dienen, die nach der militärischen Machtübernahme Bainimaramas außer Kraft gesetzt worden war – sie sei in einem offenen Konsulta-

tions- und Diskussionsprozesses zwischen dem damaligen Premierminister Sitiveni Rabuka, der 1987 ebenfalls militärisch die Macht ergriffen hatte und heute der Vorsitzende der größeren im Parlament vertretenen Oppositionspartei SODELPA ist, und dem früheren Oppositionsführer Jai Ram Reddy ausgehandelt worden, um die dem fidschianischen Volk 1990 aufgezwungene Verfassung zu ersetzen. (*Radio New Zealand International* 16.10.19)

Weltweit erster Fonds zur Umsiedlung von Klima-Vertriebenen

Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama hat Ende September bei einem *Side-Event* zur UN-Generalversammlung in New York den weltweit ersten Fonds für die Umsiedlung von Menschen, die in Folge des Klimawandels vertrieben werden, angekündigt. Die Finanzierung für den Fonds mit dem Namen „*Fiji's Climate Relocation and Displaced Peoples Trust Fund for Communities and Infrastructure*“ soll zunächst fünf Millionen US-Dollar pro Jahr betragen. Dies sei jedoch nicht ausreichend, so Bainimarama bei der Vorstellung. Das Land hoffe daher auf die Unterstützung anderer Staaten bei der Finanzierung des Fonds. Aus dem Fonds sollen zukünftige Umsiedlungsmaßnahmen für küstennahe Siedlungen gezahlt werden, die in Folge der durch den Klimawandel ausgelösten Erosionen nicht länger überlebensfähig sind.

Bainimarama betonte jedoch, dass nicht nur die finanziellen Kosten der Umsiedlungen für Fidschi schwer kalkulierbar seien, sondern mehr noch die persönlichen Schicksale und Traumata, die hinter den Umsiedlungen stünden. Der Bekanntgabe des Fonds wohnte unter anderem der norwegische Thronfolger Prinz Haakon bei. (*Radio New Zealand International* 25.9.19, *Reliefweb* 24.9.19, *Permanent Mission of Fiji to the United Nations* 24.9.19, *Fijian Government* 25.9.19)

Zyklon-Frühwarnsystem geht in Fidschi an den Start

Im November ist das pazifikweit erste Frühwarnsystem für Zykone in Fidschi gestartet, das von neuseeländischen Wissenschaftlern entwickelt wurde und vom fidschianischen Wetterdienst *Fiji Met Service* betrieben wird. Das Frühwarnsystem soll zukünftig nicht nur noch bessere Informationen zur Entstehung, der Intensität und dem Verlauf von Zykonen geben – insbesondere dazu, wo genau sie an Land treffen –, sondern außerdem bessere Voraussagen über den Umfang möglicher Schäden erlauben.

Der Hydrologe Bapon Fakhruddin aus Neuseeland, der das System entworfen hat, sagte, die betroffenen Menschen interessiere vor allem die zu erwartenden konkreten Auswirkungen eines Zyklons, beispielsweise ob und wie viel Wasser ins eigene Grundstück eindringen werde. Genau diese Voraussagen seien für Wetterdienste jedoch sehr schwer zu treffen und sollen durch das neue System erleichtert werden.

Info: Das Frühwarnsystem wurde entwickelt, nachdem im Jahr 2016 bei Zyklon „Winston“ in Fidschi 44 Menschen ums Leben gekommen sind. Die Forscher hoffen, dass sich durch das neue System Unglücke mit so vielen Todesopfern in Folge von Zykonen zukünftig abwenden lassen. Weltweit gibt es nur sechs weitere Staaten mit Zyklon-Frühwarnsystemen. (*Radio New Zealand International* 18.11.19)

30 Millionen Bäume in 15 Jahren

Die fidschianische Regierung plant, in den kommenden 15 Jahren 30 Millionen Bäume in Fidschi zu pflanzen. Dies gab Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama am Rande einer UN-Konferenz Ende September in New York bekannt. Mit der Pflanzaktion möchte Fidschi auf die weltweite Klimakrise reagieren und einen Beitrag zur Verringe-

rung des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre leisten. Unter anderem soll die fidschianische Bevölkerung motiviert werden, Bäume und Mangroven zu pflanzen und zu schützen, indem sie finanzielle Unterstützung erhält, die sich anhand der eingesparten Menge CO₂ errechnet. (*Radio New Zealand International* 26.11.2019)

VANUATU

Arbeitsurlaubnis entzogen

Die Arbeitsgenehmigung für den geschäftsführenden Direktor und Chefredakteur der englischsprachigen Tageszeitung „*Vanuatu Daily Post*“, Dan McGarry, ist nicht verlängert worden. Das gab das Arbeitsministerium Anfang November nach einem einmonatigen bürokratischen Hickhack bekannt. Begründet wurde die Nicht-Verlängerung mit der Tatsache, dass der gebürtige Kanadier McGarry kein Staatsbürger Vanuatus ist, das Amt des Chefredakteurs der wichtigsten einheimischen Tageszeitung aber zwingend mit einem gebürtigen Ni-Vanuatu besetzt werden müsste. In dem Ablehnungsbescheid des Ministeriums stand auch, man behalte sich vor, zu entscheiden, wer neuer Chefredakteur der Tageszeitung werden solle.

Die Redaktionsmitglieder der *Vanuatu Daily Post* zeigten sich enttäuscht und vermuten hinter der Ablehnung politische Gründe. McGarry hatte wiederholt regierungskritische Artikel verfasst, z.B. über die Deportation chinesischer Geschäftsleute durch die vanuatische Regierung Anfang des Jahres.

Der 55-jährige Dan McGarry lebt seit 16 Jahren auf Vanuatu. Er ist mit einer Ni-Vanuatu verheiratet und hat mit ihr zwei Mädchen.

In einer im britischen „*The Guardian*“ veröffentlichten persönlichen Stellungnahme zu seinem Rauswurf schrieb McGarry: „*With or without me, the Daily Post will continue to publish without fear or favour*“. Dabei spielte er darauf

an, dass die unabhängige Zeitung bekannt für investigative und kritische Recherchen ist und sich auch nicht scheut, Unstimmigkeiten in der Regierungsführung klar beim Namen zu nennen.

Aller Voraussicht nach wird McGarry das Land sogar verlassen müssen, da er ohne Arbeitsgenehmigung keine Aufenthaltserlaubnis bekommt, sondern nur ein für 90 Tage gültiges Touristenvisum (*The Guardian* 10.11.19, *Marshall Islands Journal* 15.11.19)

KANAKY

Marsch für Gewaltfreiheit

Hunderte von Frauen sind Ende November protestierend durch die Straßen von Nouméa gelaufen, um mehr staatliche finanzielle Unterstützung für den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu fordern. Die „*Femmes en colère*“ (Dt. wütende Frauen) zogen zu den Regierungsgebäuden und äußerten dabei lautstark ihren Unmut über nicht-eingehaltene Versprechen der territorialen Regierung. Diese hatte versprochen, im Regierungszeitraum zwischen 2019 bis 2024 einen Regierungsausschuss mit einem Vorsitzenden einzuberufen, der sich des Themas Gewalt gegen Frauen annimmt. Angeblich soll dieser Ausschuss nun Mitte 2020 einen Marschplan zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt vorlegen. Die Frauen fordern u.a. die Einrichtung einer kostenlosen 24-Stunden-Telefon-Hotline für Gewaltopfer, den Bau eines zweiten Frauenhauses in der Süd-Provinz sowie Präventionsworkshops an Schulen.

Info: Neukaledonien mit seinen rund 270.000 Einwohnern weist Frankreichweit die höchste Rate von Gewalt gegen Frauen auf. Nach einer Studie des Wirtschafts- und Sozialrates werden jährlich 19 % aller Frauen Opfer von häuslicher Gewalt, das entspricht in etwa jeder fünften Frau. Im vergangenen Jahr 2018 haben 1.200 Frauen gegen ihre Partner

und Ehemänner wegen Gewalt in der Partnerschaft vor Gericht geklagt. In diesem Jahr sind zwei Frauen an den Folgen von Gewaltausübung in der Ehe gestorben. (*Ouest-France* 25.11.19)

Zweites Referendum im September 2020

Die zweite Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Neukaledoniens von Frankreich findet am 6. September 2020 statt. Darauf einigten sich Anfang November der französische Premierminister Édouard Philippe und Vertreter der Territorialverwaltung in Nouméa. Zur Auswahl standen als Wahldatum der 30. August oder der 6. September 2020. Wichtig war allen Beteiligten, die zweite Volksabstimmung zeitlich zu trennen von den französischen National- und Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr, um den zukünftigen politischen Status des französischen Überseeterritoriums nicht zum Spielball von Wahlkämpfen zu machen.

Info: Das Nouméa-Abkommen von 1998, das von der Unabhängigkeitsbewegung FLNKS (*Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste*), der loyalistischen Partei RPCR (*Rassemblement pour la Calédonie dans la République*) und der französischen Regierung unterzeichnet worden war, sieht einen dreistufigen Abstimmungsprozess vor: Sollte das erste Referendum negativ (d.h. gegen die Unabhängigkeit) ausfallen, wird es ein zweites geben. Fällt dieses wiederum negativ aus, wird ein drittes Referendum abgehalten. Die drei Abstimmungen sollen in einem Zeitraum von vier Jahren durchgeführt werden.

Die Ankündigung für das zweite Referendum fiel mit dem Jahrestag des Ersten zusammen, dessen Ergebnisse am 5. November 2018 offiziell verkündet worden waren. Vor einem Jahr stimmten 56,7 % der Wählerinnen und Wähler gegen die Unabhängigkeit, 43,3 % waren dafür. Trotz der Niederlage fühlten sich die

Unabhängigkeitsbefürworter damals als Sieger, weil ein weitaus eindeutigeres Ergebnis erwartet worden war.

(Artikel von Julia Ratzmann und Matthias Kowasch.

Quellen: <https://la1ere.francetvinfo.fr/5.11.2019>, M. Kowasch 2019, *La Lettre de Kanaky*, November 2019, S. 1f., https://www.lepoint.fr/politique/nouvelle-caledonie-nouveau-referendum-sur-l-independance-en-2020--11-10-2019-2340646_20.php)

Brasilianischer Konzern plant Schließung der Nickelfabrik

Der brasilianische Konzern Vale plant, seine Nickelraffinerie „Goro Nickel“ in Neukaledonien wegen technischer und finanzieller Probleme zu schließen, um auf ein neues Industriemodell umzusteigen. „Wir schaffen es nicht, ausreichend Nickel zu produzieren. Es ist daher besser, den Schaden zu begrenzen und die Verarbeitungs-fabrik mit ca. 90 Arbeitsplätzen als den gesamten Standort in Neukaledonien zu schließen und 1.300 Menschen auf die Straße zu setzen“, sagte Pierre Tuiteala, Manager von Soenc-Nickel (Gewerkschaft der Angestellten und Arbeiter von Neukaledonien) Ende November 2019. Er fügte hinzu, dass das Tochterunternehmen Vale-Nouvelle-Calédonie (Vale-NC), welches die Fabrik und die Mine in Neukaledonien betreibt, die Kobaltproduktion aufrechterhalten, die Produktion von NHC (niedrig gradigem Nickel) steigern und mit dem Export von Roherz beginnen wolle.

Vertreter des brasilianischen Unternehmens stellten ihre Strategie dem neukaledonischen Parlament vor und erläuterten, dass die geplanten Exporte von Roherz bei etwas mehr als zwei Millionen Tonnen pro Jahr liegen sollen. Der Export erfordert jedoch die Genehmigung der neukaledonischen Regierung und eine Änderung des Bergbaugesetzes, was nicht einfach sein wird, da es zwischen den politischen Parteien unterschiedliche Meinungen in Bezug auf die Exporte von Roherz gibt. Tuiteala wies zudem da-

rauf hin, dass mehrere Fabrikmitarbeiter innerhalb des Standorts versetzt werden könnten. Der Verschleiß der Raffinerie, die im Vergleich zu chinesischen Fabriken hohen Produktionskosten und die niedrigen Nickelpreise liegen der Entscheidung zur Schließung ebenfalls zugrunde.

Info: Die hydrometallurgische Verarbeitungs-fabrik von Vale-NC, im Süden Neukaledoniens gelegen, wurde im Jahr 2013 in Betrieb genommen und hatte in den letzten Jahren immer wieder mit Zwischenfällen und technischen Problemen zu kämpfen, die in 2012 zu einer sechsmonatigen Unterbrechung der Metallproduktion führten. Weitere Umweltauswirkungen waren die teilweise Zerstörung eines nahegelegenen Eichenwaldes im Jahr 2011 und das Auslaufen einer Säurelösung im Mai 2014 aufgrund eines menschlichen Fehlers: Tausende von Fischen und Schalentieren in einem kleinen Bach starben.

Info: Im Jahr 2017 produzierte Vale-NC 40.300 Tonnen Nickel und 2.780 Tonnen Kobalt. Für das Jahr 2019 werden jedoch nur 25.000 Tonnen erwartet. Die Kapazität der Raffinerie ist auf 60.000 Tonnen ausgelegt, wobei das ausgegebene Ziel für 2019 bei 40.000 Tonnen lag. Im September 2018 hatte Vale noch eine Umfinanzierung bis 2024 (statt 2022) seiner Investition für die Trockenlagerung von Reststoffen in Höhe von 500 Mio. US-Dollar angekündigt. Am 26. November 2019 hat Vale den Börsenwert seines Goro-Nickel-Projektes in Neukaledonien von 3 Mrd. US-Dollar auf 1,6 Mrd. heruntergesetzt, was die Schwierigkeiten widerspiegelt. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstand Dr. Matthias Kowasch. Quelle: <http://outremers360.com> 29. 11. 19)

Wellen-Beobachtungssystem

Im Rahmen des „Regional Coastal Warning Network“ haben das französische *Research Institute for Sustainable Development*, die

Pacific Community und der Wetterdienst *Météo-France New Caledonia* im Dezember ein Wellen-Überwachungssystem online zugänglich gemacht.

Auf der Seite

www.reeftemps.science/wavebuoy lassen sich in Echtzeit Wind- und Wellenbewegungen rund um die Südküste bei Nouméa beobachten. Dazu wurden zwei orangene Mess-Schwimmkörper sowie eine 40 cm hohe gelbe Boje vor der Küste verankert, die Daten von der aktuellen Situation auf See ins Netz einspeisen.

Der kostenlose Service des Wetterdienstes ist für lokale Fischer, Kapitäne von Frachtschiffen und auch für Freizeitsportler (Segler, Surfer) von Interesse.

Bei der Mess-Station handelt es sich zunächst um ein Pilotprojekt, es gibt noch keine Erfahrungswerte. Sollte sich das Projekt namens Wavebuoy- Réseau d'observation des eaux côtières du Pacifique insulaire als erfolgreich erweisen, will die *Pacific Community* auch Fidschi, Tuvalu und Kiribati mit den Mess-Bojen ausstatten. Finanziert wird das Ganze von der *World Meteorological Organization* und dem Pazifischen Fonds. (Pressemitteilung SPC 11.12.19)

MIKRONESIEN

Bilaterale Verhandlungen über Festlandsockel

Palau: Erstmals haben sich Regierungsvertreter der Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) und der Republik Palau vom 15. bis zum 16. Oktober 2019 in Koror (Palau) getroffen, um über ihre Pläne zur erweiterten Nutzung und Anerkennung des Festlandsockels zu diskutieren.

Die FSM boten an, Palau dabei zu unterstützen, ihr Recht am Festlandsockel auf der nördlichen Seite, dem so genannten „Palau-Kyushu-Kamm“, zu erweitern. Hier erreicht der Festlandsockel bereits

die Insel Yap (FSM).

Bei der bilateralen Konsultation diskutierten die Vertreter beider Außenministerien und hochrangige Vertreter des Justizministeriums auch über ein noch zu schließendes „*Memorandum of Understanding*“ (MoU). Hier wollen beide Seiten festlegen, künftig auf ihre Ansprüche am Festlandsockel des jeweils anderen Staates zu verzichten. Palau habe sich seit langem dafür eingesetzt, seinen Sockel in Richtung Yap zu erweitern und man werde dies unterstützen, hieß es. Man pflege hier sehr enge freundschaftliche Beziehungen und sei mit der unterseeischen Erweiterung einverstanden, so ein Sprecher des Ministeriums der FSM. Nachdem diese Angelegenheit geregelt sei, werde man zukünftig von allen Forderungen auf Erweiterung des Festlandsockels absehen - dies soll ebenfalls im MoU aufgenommen werden.

Info: Der Festlandsockel stellt die gesamte natürliche Verlängerung eines Landgebietes bis zur äußeren Kante des Festlandrandes unterhalb der Wasseroberfläche dar. Laut *Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen* (SRÜ) aus dem Jahr 1982 umfasst er den Meeresboden und Meeresuntergrund jenseits des Küstenmeeres bis zu einer Entfernung von 200 Seemeilen und entspricht damit eigentlich dem Gebiet der ausschließlichen Wirtschaftszone (*Exklusive Economic Zone*, EEZ). Innerhalb dieses definierten Festlandsockels werden dem jeweiligen Staat hoheitliche Rechte zur Erforschung und wirtschaftlichen Nutzung der Ressourcen am und unter dem Meeresboden eingeräumt. Dieser Festlandsockel kann bis zu 350 Seemeilen (ab der Basislinie) erweitert werden. Die Voraussetzung dafür ist, dass der Staat beweisen kann, dass „(...) *die geologische Struktur des Kontinental-/Festlandsockels eine Erweiterung seiner Landmasse darstellt.*“ Dem Festlandsockel folgt dann ab 350 Seemeilen von der Basislinie entfernt „das Gebiet“ („The Area“), das aus dem Meeresboden und dem Unter-

grund besteht und rechtlich keinem Staat zugeordnet ist. Es gilt als „*gemeinsames Erbe der Menschheit*“.

Palau hat gemäß der SRÜ bei der Festlandsockelgrenzkommission (*Commission on the Limits of the Continental Shelf*, CLCS) in New York einen Antrag gestellt, seinen Festlandsockel auf den „Palau-Kyushu-Kamm“ nördlich der EEZ erweitern zu können. Diese Kommission ist das zentrale Gremium zur Festlegung der Festlandsockelgrenzen. Das seit 1997 existierende Organ hält halbjährlich Treffen im UN-Hauptsitz in New York ab.

Beabsichtigt ein Staat, den Festlandsockel zu erweitern, muss er diese Ansprüche bei der Kommission auf der Basis wissenschaftlicher Daten geltend machen, und zwar bis maximal zehn Jahre nach Beitritt zum SRÜ. Die CLCS gibt mit Zweidrittelmehrheit Empfehlungen zur Festlegung der äußeren Grenze des Festlandsockels ab. Auf Grundlage der Empfehlungen kann der jeweilige Staat die Grenzen seines Festlandsockels endgültig und verbindlich festlegen.

Noch in diesem Jahr soll über den Antrag Palaus entschieden werden. (*Umweltbundesamt online, Palau News 28.10.19, Wikipedia*)

Neue Regierung

Nauru: Am 27. August fanden in Nauru Präsidentschaftswahlen statt. Gewonnen hat diese mit 12:6 Stimmen der parteilose Lionel Aingimea. Er setzte sich gegen seinen Herausforderer David Adeang von der Partei „*Nauru First*“ durch.

Der studierte Rechtsanwalt Aingimea ist in Personalunion Staatsoberhaupt (Chief of State) und Regierungschef. Er ist pazifikweit bekannt für seinen Einsatz zum Schutz der Menschenrechte.

Aingimea benannte nach seiner Wahl sein neues Kabinett: Viele der Minister sind erstmals im Kabinett, das Durchschnittsalter beträgt 32 Jahre. Zum Parla-

mentssprecher wurde Marcus Stephen ernannt. Aingimeas Gegenkandidat David Adeang ging bei der Benennung der Ministerposten leer aus. (*Marshall Islands Journal 06.09.19, CIA World Factbook*)

MARSHALL-INSELN

Neues Regionalbüro

Anfang November hat das Umweltprogramm der pazifischen Inselstaaten SPREP (*South Pacific Regional Environmental Programme*) in Majuro sein erstes Regionalbüro für den nördlichen Pazifik eröffnet. Das Büro befindet sich im Gebäude des Handelsministeriums. Das Eröffnungsband durchschnitten deshalb auch Handelsminister David Paul sowie der SPREP-Direktor Kosi Latu gemeinsam.

An der Eröffnung des Büros nahmen Regierungsvertreter, Mitarbeiter von SPREP sowie die Botschafter von Taiwan, Japan und den Vereinigten Staaten teil.

Info: Das Sekretariat des Regionalen Umweltprogramms für den Pazifik ist eine zwischenstaatliche Organisation mit Sitz in Apia (Samoa) und mehr als 90 Mitarbeitern. Unter dem Motto „A resilient Pacific environment, sustaining our livelihoods and natural heritage in harmony with our cultures“ ist die SPREP zuständig für die nachhaltige Bewirtschaftung der Umwelt und Ressourcen in Ozeanien. (<https://www.sprep.org/about-us>, *Marshall Islands Journal 08.11.19*)

Neue Botschafterin für die Schweiz

Am 5. September hat die neue Botschafterin der Marshall-Inseln für die Schweiz, Doreen deBrum, ihr Beglaubigungsschreiben an Ulrich Maurer, den Bundespräsidenten der Schweizerischen Eidgenossenschaft, übergeben. Die feierliche Zeremonie fand im Bundeshaus in der Schweizer Hauptstadt Bern statt.

DeBrum, die in traditioneller marshallesischer Kleidung mit einer Hüft-Bastmatte und Muschelketten in das Bundeshaus gekommen war, äußerte sich erfreut darüber, die erste Botschafterin der Inseln in der Schweiz zu sein. Zwar seien beide Staaten geographisch weit voneinander entfernt, doch teile man wichtige gemeinsame Werte, erklärte DeBrum. Man freue sich auf die Zusammenarbeit mit der Schweiz auch bei der Bewältigung gemeinsamer Probleme wie etwa der Klimawandelfolgen, erklärte sie.

Doreen DeBrum ist nicht nur Botschafterin der Marshall-Inseln in der Schweiz, sondern auch Botschafterin in der ständigen Vertretung der UN in Genf (*Permanent Mission to the United Nations Office*) sowie weiterer europäischer und internationaler Organisationen. Im April des Jahres war die UN-Vertretung der Marshall-Inseln feierlich von Präsidentin Dr. Hilda Heine eröffnet worden. (*Marshall Islands Journal* 13.09.19, <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-76324.html>)

Alte Bilder online zugänglich

Demnächst werden rund 2.400 Negativ-Glasplatten und weitere Dokumente aus der Zeit von Joachim DeBrum im Internet öffentlich zugänglich sein. Im Rahmen des „*Joachim DeBrum Collections Archive Project*“ sollen die alten Negative eingescannt und in eine Datenbank eingepflegt werden. Passieren wird das Ganze am Museum in Alele, wie Museumsdirektor Melvin Majmeto erklärte. Im Museum befindet sich die einzige öffentliche Bibliothek der Marshall-Inseln. Mit Unterstützung einer pensionierten amerikanischen Bibliothekarin wurde das Museumsteam im Umgang mit der neuen Software zum Verarbeiten der Glasplatten geschult. Insgesamt müssen 24 Kisten mit Material gesichtet und ausgewertet werden.

Die Gelder für das ambitionierte Projekt kommen aus der Kultur-

stiftung der amerikanischen Botschaft auf den Marshall-Inseln (25.000 US-Dollar) sowie vom *Prinz Claus Darlehensfonds* der niederländischen Regierung (15.000 US-Dollar).

Info: Joachim DeBrum wurde 1869 auf dem Atoll Ebon geboren als Sohn von Anton José deBrum und Likmeto deBrum. Anton José war der erste ausländische Geschäftsmann auf den Marshall-Inseln, der eine einheimische Frau heiratete. Er hatte das Atoll Likiep gemeinsam mit seinem Kompagnon, dem deutschen Kaufmann und Händler Georg Eduard Adolph Capelle, gekauft. Joachim DeBrum erbaute 1888 auf diesem Atoll ein Haus, das noch immer seinen Namen trägt: Das „DeBrum Haus“ steht heute unter Denkmalschutz. Joachim DeBrum starb 1937. Er hinterließ eine große Menge an Glasplatten mit Fotos, die er zwischen 1890 und 1930 angefertigt hatte. (*Marshall Islands Journal* 06.09.19, http://www.archimuse.com/publishing/ichim01_vol2/lindborg.pdf)

Skandal um „Bikini-Bier“

Die Benennung eines Craft-Bieres der texanischen Brauerei *Manhattan Project Beer Company* hat zu einem Aufschrei in den sozialen Medien und zur scharfen Kritik von Dr. Hilda Heine, der Präsidentin der Marshall-Inseln, geführt. Die in Dallas ansässige Brauerei hatte ein neues Craft-Bier „Bikini-Atoll“ genannt und auf die Bierdose auch eine schwarz-weiße Zeichnung des Atollrings aufgedruckt.

Der Gesundheitsminister der Marshall-Inseln, Jack Niedenthal, wandte sich mit einem Protestbrief an die Brauerei. Es ginge nicht an, sich im Namen des Profits über das Bikini-Atoll lustig zu machen. Hier hätten viele Menschen infolge von 23 US-amerikanischen Atombombentests zwischen 1946 und 1958 ihre Heimat verloren und das Atoll sei bis heute wegen der radioaktiven Verstrahlung nicht bewohnbar. Ein Bier nach dem für alle Atomkraftgegner symbolträchtigen Atoll zu benen-

nen, sei pietätlos, so Niedenthal weiter.

Die Brauerei entgegnete auf Facebook, man habe sich nicht über Bikini lustig machen wollen: *“[the beer] was not created to mock or trivialize the nuclear testing that took place in the Marshall Islands.”*

Info: Die texanische Brauerei hat sich nach dem *Manhattan-Projekt* benannt. Dies war ein militärisches Forschungsprojekt, in dem ab 1942 alle Tätigkeiten der Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkrieges zur Entwicklung und zum Bau einer Atombombe – also der militärischen Nutzbarmachung der 1938 von Otto Hahn und Fritz Straßmann entdeckten Kernspaltung – unter der militärischen Leitung von General Leslie R. Groves ausgeführt wurden.

Die Brauerei hat weitere Craft-Biere im Angebot, die an dieses Projekt erinnern, z.B. „Necessary Evil“ und „Plutonium-239“. Mit diesen Namen möchte die Brauerei nach eigener Aussage an die unrühmliche US-amerikanische Vergangenheit mit Blick auf die Atombombentests erinnern:

„Through our brand and naming, we are creating awareness of the wider impacts and implications of the United States’s nuclear research programs [...]“

(*Wikipedia, Marshall Islands Journal* 23.08.19, <https://time.com/5654254/bikini-atoll-manhattan-project-beer-company-controversy/>)

POLYNESIEN

ADB-Darlehen

Tuvalu: Die Asiatische Entwicklungsbank (*Asian Development Bank*, ADB) hat Tuvalu ein Darlehen in Höhe von 6 Millionen US-Dollar zur Modernisierung des Energiesektors zur Verfügung gestellt. Mit den Geldern soll die Umstellung von Dieseltreibstoff auf Solarenergie gelingen. Bis dato bezieht die Hauptstadt Funafuti

15 % ihres benötigten Energiebedarfs über erneuerbare Energien, zukünftig sollen dies bis 32 % sein. Die äußeren Inseln Tuvalu, die schon 70 % ihres benötigten Stromes aus Solarenergie einspeisen, sollen zukünftig bis zu 90 % des Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen.

Langfristig will sich Tuvalu frei machen von der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, da z.B. der Transport von Diesel auf die Inseln kostspielig und logistisch aufwändig ist. Mit dem Darlehen sollen nun mehrere Solarparks auf den Dächern öffentlicher Gebäude in Funafuti entstehen. Außerdem sollen Speichersysteme angeschafft werden, deren Batterien die Energie so lange speichern können, bis sie benötigt wird.

Auf den Außeninseln will man strapazierfähige Solarpaneele auf den Boden stellen.

Bereits 2009 hatte die Regierung von Tuvalu angekündigt, bis 2020 komplett auf Energie aus fossilen Brennstoffen verzichten zu wollen. Damals hatte die Regierung unter dem Motto „100 % renewable energy“ angekündigt, sie wolle das erste Land der Welt werden, das Strom komplett über erneuerbare Energien beziehe. Dieser Zeitplan lässt sich voraussichtlich nicht einhalten. (Radio NZ Intern. 6.11.19, Wikipedia)

Kompostbehälter eingeführt

Tuvalu: Neuartige Kompostierbehälter sollen das Wachstum lokaler Sorten von Obst und Gemüse unterstützen. Dazu hat die Firma *Biofilta Australia* in Kooperation mit dem *Australian Centre of International Agricultural Research* in einem Modellprojekt die ersten Behälter nach Funafuti gebracht und dort Multiplikatoren in der Anwendung geschult. Die Behälter sollen aus der natürlich vorkommenden Biomasse (wie etwa Fäkalien) nutzbaren Kompost herstellen, den man zum Düngen von Nahrungspflanzen auf den Atollen nutzen kann.

Eine gute Kompostschicht ist für Nahrungspflanzen auf kargen Atollen mit ihrem kalkartigen Gestein und wenig fruchtbarem Humus besonders wichtig. Mit Hilfe der Behälter könnte nutzbare Biomasse hergestellt werden und in dem Behälter könnten auch gleich die entsprechenden Nahrungspflanzen angezchtet werden, wie ein Sprecher von *Biofilta Australia* erklärte. Die so genannten „Food Cubes“ stellen eine gute Lösung im Umgang mit Klimawandelfolgen dar, da sie auch Regenwasser auffangen könnten und man unabhängiger würde von den Süßwasserressourcen der Inseln. (SPC Media 20.11.19)

Neues Krankenhaus in Ha'apei

Tonga: König Tupou VI hat Anfang November den Krankenhausneubau in Pangai (Insel Ha'apei) feierlich eröffnet und dem neuen Haus den Namen „*Princess Fusipala Hospital*“ gegeben. Fusipala (12. Juni 1949 – 2. Oktober 2014) war die Halbschwester der verstorbenen Königin Salote Tupou III.

Das alte „Niu'ui Hospital“ im Ort Hihifo in Lifuka war durch einen Zyklon im Jahr 2014 so schwer zerstört worden, dass es nicht mehr renoviert werden konnte. Es stand nur sechs Meter von der Küste entfernt und war durch eine Monsterwelle zerstört worden. Das neue Krankenhaus steht nun auf dem höchsten Punkt der Insel, ca. 15 Meter über dem Meer.

Die Gelder für den 5,03 Millionen Pa'anga (ca. 1,9 Mio. Euro) teuren Neubau kamen teilweise von der *Asian Development Bank* im Rahmen von Darlehen zum Wiederaufbau des Landes nach den Zerstörungen des schweren Zyklons *Ian* vom 2. Januar 2014.

Das neue Krankenhaus verfügt über 23 Betten, ein einziges Intensivpflegebett, eine Notfallambulanz, einen Kreißsaal und Wart- und Wirtschaftsräume auf über 1.200 m². Der tongaische Ge-

sundheitsminister Hon 'Amelia Afuha'amango Tu'ipulotu sagte bei der Einweihung, das neue Krankenhaus sei technisch auf dem neuesten Stand und werde als modernes medizinisches Versorgungszentrum für die gesamte Ha'apei-Inselgruppe dienen.

(Matangi Tonga 06.11.19, Kaniva Tonga 07.11.19,

<https://www.climatechange.gov.to/news/king-opens-princess-fusipala-hospital-ha%E2%80%99apai>)

Notstand wegen Masernepidemie

Samoa: Im November hat die Regierung Samoas wegen einer unkontrollierbaren Masernepidemie den Notstand ausgerufen. Außerdem hat sie die Masern-Impfpflicht für alle rund 200.000 Bewohner von Upolu und Savai'i angeordnet. Zuvor waren nur rund 33.000 Menschen gegen die Viruserkrankung geimpft. Seit der Ausrufung des Notstands sind 58.000 Menschen hinzugekommen.

Bisher (Stand: 18.12.19) sind 76 Menschen an den Masern gestorben, die meisten von ihnen Säuglinge und Kleinkinder. Unter den Opfern waren nur zwei Teenager und drei Erwachsene. 4.000 Menschen sind erkrankt.

Am 2. Dezember hat der samoanische Premierminister Tuilaepa Sailele Malielegaoi eine zweitägige Ausgangssperre verhängt sowie alle öffentlichen Veranstaltungen abgesagt. Auch alle Weihnachtsfeiern wurden abgesagt. Während der zweitägigen Ausgangssperre sollten alle bisher nicht geimpften Personen geimpft werden. Dazu wurde die Bevölkerung aufgerufen, ein rotes Tuch aus dem Fenster zu hängen oder an der Haustür zu befestigen als Zeichen dafür, dass sich in dem Haushalt noch nicht-geimpfte Personen befinden.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen hat zusätzliche 11.000 Impfdosen geliefert und auch Personal nach Samoa entsandt. Dieses soll die Behörden bei der Bewältigung dieser medizinischen

Katastrophe unterstützen. Auch die australische Regierung hat einen Experten nach Samoa geschickt.

Info: Masern sind eine Viruserkrankung, die durch Tröpfchen übertragen werden. Sie sind hochansteckend. Seit den 1970er Jahren gibt es eine günstige und effiziente Impfung gegen den Erreger, trotzdem kommt es wiederholt weltweit zu regionalen Epidemien. Aus Fidschi werden derzeit 21 Fälle von Masernkranken gemeldet. In Tonga sind 310 Fälle bekannt.

Info: In Deutschland sollen Schul- und Kindergartenkinder künftig wirksam vor Masern geschützt werden. Das ist Ziel des Masernschutzgesetzes, das am 14. November 2019 in 2./3. Lesung im Bundestag beschlossen wurde. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr beim Eintritt in die Schule oder den Kindergarten die von der Ständigen Impfkommission empfohlenen Masernimpfungen vorweisen müssen. Das Masern-Schutzgesetz soll zum 1. März 2020 in Kraft treten.

(ABC 26.11.19 ff.,

<https://reliefweb.int/report/samoa/samoa-fiji-and-tonga-measles-outbreak-dg-echo-who-unicef-and-media-echo-daily-flash-25>)

Flughafen in Tokelau?

Tokelau: Derzeit finden Gespräche zwischen Regierungsverantwortlichen von Tokelau und Neuseeland statt zu der Frage, ob es möglich wäre, einen Flughafen auf Tokelau zu bauen. Bis dato ist die Insel nur per Boot zu erreichen. Die in dem am geographisch nächstgelegenen Samoa startenden Schiffe benötigen mehr als einen Tag für die Überfahrt nach Tokelau.

Frühere Versuche der Regierung Tokelaus, einen kommerziellen Flugdienst etwa mit zwei privat angekauften Hubschraubern zu etablieren, scheiterten.

Bei ihrem ersten Besuch auf Tokelau im August des Jahres zeigte sich die neuseeländische Premi-

erministerin Jacinda Ardern nicht abgeneigt von der Idee, ein Flugfeld mit nur einer Lande- und Startbahn auf Tokelau zu bauen. Dieses könne auch finanziell von Neuseeland unterstützt werden, hieß es. Flüge wären dann jedoch nach Rechtslage nur von Samoa oder von Neuseeland aus möglich.

Tokelaus Regierung unter Führung von General Fono stimmte den Plänen einstimmig zu und bot nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern auch logistische Hilfe bei der Suche nach einem geeigneten Ort für ein Flugfeld an. Idealerweise könne man in das Flughafengebäude auch eine Wetterstation integrieren, hieß es auf neuseeländischer Seite.

Info: Tokelau ist ein von Neuseeland abhängiges Gebiet 480 Kilometer nördlich von Samoa. Es besteht aus drei tropischen Korallenatollen mit einer Gesamtfläche von 12,2 km² und einer Bevölkerung von 1.499 Einwohnern. Derzeit kann man die drei Tokelau-Atolle nur ab Apia/Samoa über den Wasserweg mit etwa zweimal monatlich verkehrenden Frachtschiffen (darunter die regierungseigene *MV Tokelau*) erreichen. Die Fahrt dauert etwa 26 Stunden. Nachdem Tokelau auch über keinen Hafen verfügt, wartet das Schiff bei der Ankunft auf offener See, während Fracht und Passagiere mit kleineren Booten auf die Atolle gebracht werden. (*Radio NZ Intern. 09.10.19, Radio NZ Intern. 05.11.19, www.tokelau-info.de*)

Katastrophenschutz-zentrum eröffnet

Niue: Mitte Oktober hat auf Niue das neue Katastrophenschutz-zentrum (*National Emergency Operation Centre*) eröffnet. An der feierlichen Einweihung nahmen der Premierminister Sir Toke Talagi sowie als Vertreter der *Pacific Community* Taito Nakalevu teil. Das alte Koordinierungszentrum war durch den tropischen Wirbelsturm *Heta* im Januar 2004 zerstört worden.

In dem Neubau ist auch die lokale

Polizei untergebracht. Sie teilt sich die Räumlichkeiten mit der nationalen Katastrophenschutzbehörde. Diese koordiniert die Hilfsmaßnahmen nach Naturkatastrophen und stellt die Einsatzpläne für Rettungskräfte auf. Finanziert wurde der Neubau aus Geldern der Europäischen Union im Rahmen des Projektes „*Building Safety and Resilience in the Pacific*“. Hier flossen 1,1 Millionen NZ-Dollar. Die neuseeländische Regierung finanzierte die Ingenieursleistungen für den Neubau mit 250.000 NZ-Dollar.

(*Radio NZ Intern. 19.10.19,*

<https://reliefweb.int/report/niue-new-zealand/national-emergency-operations-centre-opens-niue>)

Sicherheit im Wasser

Niue: Im Rahmen des „*Pacific Maritime Safety Programms*“ werden ab sofort Schulkinder von der ersten bis zur achten Klasse im Umgang mit den Bedrohungen durch den Tod durch Ertrinken geschult. Das Bildungsprogramm „*Water Skills for Life*“ wurde von der neuseeländischen Nichtregierungsorganisation „*Water Safety New Zealand*“ entwickelt und an die Bedürfnisse der Inselbewohner angepasst.

Die Kinder werden in 27 Grundfertigkeiten im Umgang mit Wasser geschult, u.a. geht es auch um die Gefahren, die von Swimmingpools, Pfützen und Flüssen ausgehen. Auf dem Lehrplan stehen auch der Umgang mit Rettungsbooten und Überlebenstechniken im offenen Meer. Ebenso wird der Ernstfall im Fall eines Tsunami oder Wirbelsturms eingeübt. Die Lehrer des Programms sind Mitglieder im neuseeländischen Schwimmverband, die teils ehrenamtlich die Programme in den Schulen unterrichten bzw. hier einheimische Lehrer als Multiplikatoren ausbilden.

In Niue leben nahezu alle 1.600 Bewohner am und mit dem Meer. Umso wichtiger ist der sorgsame Umgang und die Erkenntnis über die Gefahren, die vom offenen Meer ausgehen, sagte die Direktorin einer Grundschule, die das

Programm im nächsten Schulhalbjahr umsetzen möchte.

Das Motto der Regierung von Niue in Bezug auf die Sicherheit im Wasser lautet: „Safety at sea means always getting home“.

Info: *Swimming New Zealand* ist der nationale Dachverband für den Schwimmsport in Neuseeland, der seine Hauptgeschäftsstelle in der Hauptstadt Wellington hat. Zu seinen Mitgliedern gehören über 12.000 Aktive in 181 Vereinen, die an Wettbewerben in 16 Regionen teilnehmen.

(<https://www.swimming.org.nz/>, Radio NZ Intern. 02.11.19,

<https://www.scoop.co.nz/stories/WO1910/SO0204/water-safety-for-children-in-niue.htm>)

Erste Bürgermeisterin

Pitcairn: Die 40-jährige Charlene Warren-Peu ist mit ‚überragender‘ Mehrheit Anfang November zur neuen Bürgermeisterin von Pitcairn gewählt worden. Bisher war Warren-Peu stellvertretende Bürgermeisterin. Derzeitiger Amtsinhaber ist noch bis zum 1. Januar 2020 Shawn Christian. Am 1.1.20 tritt auch der neue Vize-Bürgermeister Kevin Young seinen Dienst an.

Die britische Botschafterin für Neuseeland, Laura Clarke - die auch für Pitcairn zuständig ist -, beglückwünschte Warren-Peu zu ihrer Wahl. Erstmals seit 230 Jahren gäbe es auf Pitcairn eine Frau im Amt der Bürgermeisterin, freute sich Clarke über den Wahlerfolg ihrer Geschlechtsgenossin. Bereits seit 1838 haben Frauen das aktive und passive Wahlrecht in diesem britischen Überseegebiet.

Info: Die Pitcairns sind eine isoliert gelegene Inselgruppe im südöstlichen Pazifik, die administrativ seit 1883 zu den Britischen Überseegebieten gehören. Nur die zweitgrößte Insel, Pitcairn, ist bewohnt, die Inseln Oeno, Henderson und Ducie sind unbewohnt. Pitcairns ca. 50 Einwohner sind überwiegend Nachfahren der Meuterer der *Bounty* und ihrer polynesischen Frauen. Die Haupt-

siedlung der Pitcairns ist Adamstown mit rund 40 Bewohnern. Der Ort ist nach dem letzten überlebenden Bounty-Meuterer John Adams benannt. (*Stuff NZ* 07.11.9, *Dominion Post* 09.11.19)

AOTEAROA

Ergebnisse der 34. Volkszählung liegen vor

Das Ergebnis am 6. März 2018 erfolgten Volkszählung und Volksbefragung wurde am 23. September 2019 von *Statistics New Zealand* vorgelegt. Das wichtigste Ergebnis vorweg: In den letzten fünf Jahren stieg die Gesamtzahl der Neuseeländer von 4,24 Millionen auf 4,7 Millionen. 1.271.775 Menschen, die im März 2018 als Neuseeländer gezählt wurden, sind nicht im Land geboren. Das entspricht 27,4 % der Bevölkerung. Die Europäer stellen die größte ethnische Gruppe. Maori stellen mit 16,5 % die zweitgrößte Gruppe im Land. Drittgrößte Bevölkerungsgruppe sind die Asiaten mit 15,1 %.

8,1 % aller Neuseeländer kommen gebürtig aus dem Pazifik, die meisten aus Samoa, Tonga, Niue, Fidschi und von den Cook-Inseln. Fast zwei Drittel dieser Pazifikinsulaner wurde bereits in Neuseeland geboren.

Neben Englisch wird in Neuseeland vor allem Maori und Samoanisch gesprochen. An vierter Stelle kommt Mandarin-Chinesisch.

20.409 Bürgerinnen und Bürger gaben als Religionszugehörigkeit „Jedi“ an und immerhin noch 4.248 Einwohner zählten sich zur Gemeinschaft des „Fliegenden Spaghettimonsters“. 1.738.638 Menschen gaben an, Christen zu sein.

Erfreulich ist die Zahl der Nichtraucher: 830.000 Befragte kreuzten an, im vergangenen Jahr mit dem Rauchen aufgehört zu haben. Nur eine halbe Million der Befragten gab zu, Raucher zu sein.

(https://en.wikipedia.org/wiki/2018_New_Zealand_census, 360 Grad Neuseeland Newsletter/Jenny Menzel 27.09.19)

Behrouz Boochani ist frei

Der iranisch-kurdische Flüchtling und preisgekrönte Journalist Behrouz Boochani ist Mitte November in Neuseeland eingetroffen. Die Regierung hatte dem über sechs Jahre im australischen Flüchtlingslager auf der Insel Manus (Papua-Neuguinea) inhaftierten Dichter, Filmemacher und Menschenrechtsaktivisten einen einmonatigen Aufenthalt gewährt und ihm logistisch geholfen, das Flüchtlingslager zu verlassen. Über Festland-PNG konnte Boochani nach Auckland einreisen. Er plant nun die Weiterreise in die USA, hier hatte ihm der ehemalige US-Präsident Barack Obama Asyl versprochen.

Boochani war aufgrund investigativer Recherchen in seinem Heimatland Iran und aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit für eine iranisch-kurdische Literaturzeitschrift politisch verfolgt worden. Per Boot hatte sich der studierte Politikwissenschaftler und Geograph (Abschluss an der Universität Teheran) 2013 auf den Weg nach Australien gemacht. Sein Flüchtlingsboot wurde von einem australischen Kriegsschiff in internationalen Gewässern aufgebracht und alle Asylsuchenden wurden in australische Internierungslager gebracht.

Boochani war seit dem 27. August 2013 auf Manus interniert. Er wehrte sich gegen seine Inhaftierung, indem er Zeitschriftenartikel und Sachbücher schrieb, das Leben im Lager heimlich mit seinem Smartphone aufnahm und filmisch verarbeitete. Auf diesem Weg gelangten Informationen weltweit in die Öffentlichkeit und zu Menschenrechtsorganisationen. In Deutschland wurde der Film über das Lagerleben „*Chauka, Please Tell Us the Time*“ im März 2018 im Rahmen der Berliner Festspiele aufgeführt.

Über den Messenger-Dienst WhatsApp schickte Boochani in kurdischer Sprache Textmitteilungen über das Lagerleben an einen Freund in den USA, der die Nachrichten übersetzte und an einen Verlag weiterleitete.

Für seine schriftstellerischen und filmischen Aktivitäten hat Boochani mehrere Auszeichnungen erhalten, darunter im Januar 2019 den wichtigsten australischen Literaturpreis und einen weiteren Preis für das beste Sachbuch im australischen Bundesstaat Victoria für sein Buch „*No Friend but the Mountains: Writing from Manus Prison*“ (deutsch: Kein Freund außer den Bergen: Texte aus dem Gefängnis Manus). Aus dem Lager heraus hatte der couragierte Journalist auch Artikel für die britische linksliberale Zeitung „*The Guardian*“ geschrieben und über sein Mobiltelefon verschickt.

Info: Am 31. Oktober 2017 war das Manus-Internierungslager aufgelöst worden, weil der Betrieb durch die australische Regierung gegen die Verfassung von Papua-Neuguinea verstieß.

Boochani hatte nach der Lagerauflösung keine Reisedokumente erhalten und musste deshalb auf Manus bleiben. Er wurde in eines von vier neuen Lagerkomplexen nach Lorengau (Hauptstadt der Provinz Manus) deportiert, gemeinsam mit rund 500 ehemaligen Lagerinsassen. Knapp 50 Inhaftierte wurden in das Gefängnis von Bomana in Port Moresby (Papua-Neuguinea) gebracht, wo sie bis dato ausharren.

Seit 2013 hat die neuseeländische Regierung 150 Lagerinsassen aus Manus und Nauru Asyl angeboten. Die australische Regierung lehnt dieses Angebot ab aus Sorge, die in Neuseeland aufgenommenen Flüchtlinge könnten später nach Erwerb der neuseeländischen Staatsbürgerschaft erneut nach Australien einreisen wollen. (*The Guardian* 14.11.19, *BBC Australia* 14.11.19, *Wikipedia*)

Botschaft eröffnet

Der parlamentarische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Fletcher Tabuteau, hat bei einem Kurzbesuch auf den Salomonen das neue Botschaftsgebäude Neuseelands in der salomonischen Hauptstadt Honiara feierlich eingeweiht. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten reichten bereits 150 Jahre zurück, so Tabuteau.

Das neue Botschaftsgebäude, in dem auch die britische Botschaft untergebracht ist, hat architektonische Anklänge an traditionelle pazifische Bauweisen und steht dabei sinnbildlich für die starke und dauerhafte Beziehung beider Staaten. Man werde auch weiterhin die Salomonen finanziell und logistisch in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, erneuerbare Energien, Tourismus und Umweltschutz unterstützen, erklärte Tabuteau. (*Solomon Star* 26.10.19, <https://www.beehive.govt.nz/release/tabuteau-advancing-bilateral-relationships-solomon-islands-and-vanuatu>)

Militär warnt vor fremden Fischfangbooten

Die neuseeländische Armee (NZ Defence Force) hat vor einer Zunahme des Schiffsverkehrs in der ausschließlichen Wirtschaftszone (Exclusive Economic Zone, EEZ) Neuseelands gewarnt. Aufgrund des Klimawandels und des damit einhergehenden Anstiegs der Meerwassertemperatur änderten sich die Migrationsrouten der Fischeschwärme vor allem im westlichen Pazifik im Dreieck zwischen Papua-Neuguinea, Australien und Neuseeland. Die Fische machen sich auf der Suche nach kälterem Wasser in Richtung Süden auf den Weg.

Fischfangflotten, die auf der Suche nach den migrierenden Fischarten wie etwa den Thunfischen seien, riskierten das unerlaubte Eindringen in die ausschließliche Wirtschaftszone Neuseelands, erklärte ein Analyst der Armee. Dabei sei vermutlich ge-

rade kleinen Fischfangbooten aus den pazifischen Anrainerstaaten gar nicht bewusst, dass sie sich auf der Suche nach Fisch nicht mehr auf der Hohen See, sondern in den Wirtschaftszonen anderer Staaten befänden.

Der neuseeländische Außenminister Winston Peters erklärte, man sei gerade dabei, ein neuartiges Überwachungssystem für die EEZ zu entwickeln. Damit bliebe dann kein Schiff im neuseeländischen Hoheitsgewässer mehr unentdeckt, so der Minister. (*Radio NZ Intern*. 23.10.19, <https://www.scidev.net/global/fisheries/news/pacific-island-fish-migrating-to-cooler-seas-1x.html>)

Springlaus nach Hobbit Frodo benannt

Ein kürzlich erstmals entdecktes Insekt ist auf den Namen „Frodo Beutlin“, dem Hobbit aus der Herr der Ringe-Filmtrilogie, getauft worden. Die nur 3 Millimeter große Pflanzen-Springlaus lebt auf den gelb blühenden Kowhai-Bäumen. Ihren Namen gaben der Laus ihre beiden Entdecker, Francesco Martoni und Karen Armstrong vom *Bio-Protection Research Centre der Lincoln University*.

Die „*Psylla frodobagginsi*“ (Frodo Beutlin heißt auf Englisch „Baggins“) lässt sich mit ihren hellen Farben und den gleichmäßig gepunkteten Flügeln deutlich von ihrer Verwandten, der „*Psylla apicalis*“, unterscheiden.

Die Entdeckung dieser Springlaus-Art löste ein 87 Jahre altes Rätsel über die Variationsbreite der gemeinen Kowhai-Psylliden: Es gibt nämlich zwei verschiedene Spezies. Die Entdeckung dieser zweiten Art war Bestandteil der Doktorarbeit von Francesco Martoni. In dieser Arbeit konnte er deutliche Unterschiede zwischen den beiden Arten herausstellen. Gesammelt hatte Martoni gemeinsam mit seiner Kollegin die Pflanzen-Springläuse auf Kowhai-Bäumen an 21 Orten auf der Südinsel. Hier wurden auch die „Herr der Ringe“-Filme gedreht. Noch ist

nicht bekannt, ob „Frodo Beutlin“ auch auf der Nordinsel vorkommt. Der frisch promovierte Dr. Martoni schließt dies nicht aus.

(The Guardian 20.09.19,
<https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0221316>, 360 Grad
 Neuseeland Newsletter/Jenny Menzel
 25.09.19)

Niue Language Week

Vom 13. bis zum 19. Oktober hat in ganz Neuseeland die jährliche „Niue Language Week“ stattgefunden. Sie stand unter dem Motto „Tokiofa, Ofania, Mokoina e Vagahau Niue“ (Engl: Treasure, Love and Cherish the Niuean Language).

Nach Angaben eines der Koordinatoren der Woche wird die Sprache *Vagahau Niue* nur wenig in Neuseeland gesprochen. Es gäbe aber gerade bei der jüngeren Generation ein neu erwachtes Interesse an der Sprache und Kultur ihrer Vorfahren. Es sei wichtig, dass die in Niue geborene Generation von nun in Neuseeland lebenden älteren Menschen viele Geschichten aus der „alten Heimat“ erzählte, um die Erinnerungen an Sprache und Tradition wach zu halten, forderte Dr. Alvin Mitukulena bei der Auftaktveranstaltung zur Aktionswoche.

Eröffnet wurde die Woche von Aupito William Sio, dem neuseeländischen Minister für die pazifischen Inselstaaten. Er erklärte, dass rund 20.000 Menschen mit einem Niue-Migrationshintergrund in Neuseeland gemeldet sind. Auf Niue selbst leben derzeit noch rund 1.600 Menschen.

(Radio NZ Intern. 16.10.19,
<https://www.mpp.govt.nz/language-culture-and-identity/pacific-language-weeks/niue-language-week/>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Neuer Verteidigungsminister

Indonesien: Der indonesische Präsident Joko „Jokowi“ Widodo hat Prabowo Subianto, seinen Herausforderer bei den Präsidentschaftswahlen 2014 und 2019 und Vorsitzender der *Gerindra Partei*, im Oktober zum Verteidigungsminister ernannt.

Die überraschende Ernennung seines ehemaligen Rivalen kam einen Tag nach Jokowi's Einführung in die zweite Amtszeit als Präsident Indonesiens. Er hatte die Wahl im April des Jahres mit 55 % der Stimmen gewonnen. Menschenrechtsorganisationen kritisierten, dass sich Jokowi in seiner Antrittsrede fast ausschließlich auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes konzentrierte, ohne sich zu Menschenrechtsfragen und zum Thema Strafverfolgung zu äußern.

Bei der Vorstellung seines neuen Kabinetts am 23. Oktober 2019 sagte Jokowi zu jedem der Minister einige Sätze zu deren Person und zu seiner Hoffnung für die Arbeit des jeweiligen Ministeriums. Als Prabowo an der Reihe war, sagte Jokowi jedoch nur: „*Ich glaube, ich brauche nichts zu seinen Aufgaben zu sagen. Er kennt sich da besser aus als ich.*“

Der Ex-General und ehemalige Soeharto-Schwiegersohn Prabowo Subianto war bis zu seiner Entlassung 1998 Befehlshaber des Sondertruppenkommandos *Kopassus* und später des strategischen Heereskommandos *Kostrad*. Unter seinem Kommando waren *Kopassus* und *Kostrad* beteiligt an unzähligen Morden, Entführungen und Folterfällen, unter anderem in Osttimor und 1998 bei den Unruhen in Jakarta.

In Westpapua leitete Prabowo 1996 die „Operation Mapenduma“

zur Befreiung von Geiseln der Unabhängigkeitsbewegung *OPM*. Bei anschließenden Vergeltungsschlägen, bei denen angeblich Hubschrauber mit dem Symbol des Internationalen Roten Kreuzes getarnt waren, kamen viele Zivilisten im Hochland ums Leben.

Info: Der Vater von Subianto, Sumitro Djojohadikusumo, ein Professor für Wirtschaft, musste 1957 nach einer missglückten Revolte, die trotz der Unterstützung des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA fehlgeschlagen war, aus dem Land fliehen. Prabowo verbrachte seine Kindheit in Singapur, Kuala Lumpur, in der Schweiz und in Großbritannien, bis die Familie 1968 nach Indonesien zurückkehrte. Prabowo Subianto schloss 1974 die Militärschule ab und ging zwei Jahre später zu der Eliteeinheit *Tim Nanggala X* nach Osttimor, die zu den Kopassandha-Truppen gehörte (später *Kopassus*). Das erste Spezialtraining erhielt er 1980 in Fort Bragg (USA) und etwa 1981 in Westdeutschland mit Angehörigen der GSG9.

Die Tochter von Suharto, Siti Hediati Harijadi, heiratete Prabowo Subianto 1983 und damit war er fest in das Machtnetz der Herrschenden eingebunden. 2008 gründete Subianto die Partei *Gerindra (Partai Gerakan Indonesia Raya – „Partei der Bewegung Großes Indonesien“)*, die bei den Parlamentswahlen am 9. April 2009 etwa 4,3 % der Stimmen erhielt. (Westpapua Netzwerk online 24.10.19, Wikipedia)

Vor dem Zensus 2020

Westpapua: Das *Institute for Policy Analysis of Conflict (IPAC)* hat am 29. Oktober einen Bericht veröffentlicht, der konfliktbezogene Themen und Herausforderungen in Westpapua für die Durchführung der bevorstehenden nationalen Volkszählung im Jahr 2020 beleuchtet. Die zunehmende Polarisierung der Zivilgesellschaft Westpapas hat zu einem hohen Potenzial für horizontale Konflikte

geführt. Während die Spannungen in den Provinzen Papua und Papua Barat weiter zunehmen, haben die Institutionen der Provinz- und Lokalregierung es versäumt, korrekte demographische Daten über die Bevölkerung Westpapas zu liefern. Die Volkszählung im kommenden Jahr soll jetzt genaue und wahrheitsgemäße Daten liefern.

Niemand weiß, wie viele Menschen in der Provinz Papua leben. Die Statistiken über die Bevölkerung sind fehlerhaft und in den letzten 20 Jahren immer schlechter geworden. Dies liegt auch daran, dass abgelegene Gebiete nur schwer zu erreichen sind und die bisherige Buchführung zu wünschen übrigläßt. Die örtliche papuanische Elite pflegt außerdem die Zahl der Einwohner bewusst höher anzugeben, um Geld und Macht zu gewinnen. Mehr Menschen auf dem Papier können größere Haushaltsmittel, mehr Sitze in lokalen Parlamenten und eine stärkere politische Basis bedeuten. Die tatsächliche Bevölkerung im zentralen Hochland Papuas mag weniger als die Hälfte dessen betragen, was die Wählerlisten von 2019 vermuten lassen, aber niemand überprüft diese Zahlen.

Die Inflation der Bevölkerungsstatistiken fördert nicht nur die Korruption, sondern hat auch Auswirkungen auf die Sicherheitssituation. Das Problem ist am akutesten im zentralen Hochland, wo die Unabhängigkeitsbewegung am stärksten ist. Politiker aus dem zentralen Hochland haben die überhöhten Zahlen, kombiniert mit dem "traditionellen" System der Stimmrechtsvertretung bei Wahlen (*Noken-Wahl*), genutzt, um der traditionellen Elite der Küstenregionen die Macht zu entziehen. Hochland-Papuas, angeführt von Gouverneur Lukas Enembe, kontrollieren heute alle wichtigen Provinzinstitutionen, einschließlich des Gouverneursamts, des Provinzparlaments und des Volksrats der Papuas (*Majelis Rakyat Papua*, MRP). Viele von ihnen sympathisieren mit den Bestrebungen von Aktivisten des *West Papua*

National Committee (Komite Nasional Papua Barat, KNPB), der größten nicht bewaffneten Organisation für Unabhängigkeit in Papua, die von Hochland-Papuas gegründet wurde und weiterhin von ihnen dominiert wird.

Die papuanische Elite manipuliert zwar die Daten, aber Jakarta hat die Manipulation zugelassen, indem die Zentralregierung die Augen vor der Miswirtschaft großer Geldmengen verschloss und manchmal davon profitierte. Der Gesetzgeber hat sich nicht die Mühe gemacht zu prüfen, ob die Gründung neuer Dörfer, Unterdistrikte und Landkreise den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Behörden mit Programmen in Papua haben nicht die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt, um das Personal in abgelegene Gebiete zu bringen. Dies könnte die zweifelhaften Praktiken einschränken oder die dringend benötigte Aus- und Weiterbildung der örtlichen Beamten gewährleisten.

Indonesische Politiker und Richter am höchsten Gerichtshof des Landes haben eine Vielzahl von betrügerischen Methoden der Stimmrechtsvertretung im Namen der Achtung traditioneller Praktiken gebilligt. Obwohl grundsätzlich vielleicht gut gemeint, war das Ergebnis, dass vielen Papuas das grundlegende Bürgerrecht auf die Teilnahme an Wahlen verweigert wurde. Die Nichteinhaltung des Grundsatzes „*Ein Mensch, eine Stimme*“ bedeutet, dass es keine Kontrolle der aufgeblähten Wählerlisten gibt, mit denen Hochlandpolitiker an die Macht gekommen sind. Es spiegelt auch die weit verbreiteten Vorurteile unter indonesischen Beamten wider, dass den Papuas aufgrund ihrer Kultur und ihres niedrigen Qualifikationsniveaus nicht die gleichen bürgerlichen Freiheiten zugestanden werden können, die andere Indonesier genießen.

Die Regierung unter Präsident Jokowi hat die Möglichkeit, sich ernsthaft um ein klareres Bild von der tatsächlichen Bevölkerung zu bemühen, indem sie den für die Durchführung der Volkszählung 2020 zuständigen Stellen zusätz-

liche Ressourcen zuweist: Dem Statistischen Zentralamt (*Badan Pusat Statistik*, BPS) und der Abteilung für Bevölkerung und Zivilstandswesen im Innenministerium (Dukcapil).

Wahrheitsgetreue Daten könnten helfen, Korruption aufzudecken und die Regierungsführung zu verbessern. Sie könnten helfen, Programme auf die tatsächlichen Bedürfnisse abzustimmen und den Wahlbetrug einzudämmen. Sie könnten ein besseres Verständnis des Bevölkerungsverhältnisses indigener Papuas zu nicht-papuanischen Migranten liefern.

Info: Der vom IPAC vorgelegte 24-seitige Bericht „Numbers matter: The 2020 census and conflict in Papua“ basiert auf Feldstudien in Jayapura und Jayawijaya im Juli 2019 und einer umfassenden Untersuchung der papuanischen Statistiken der nationalen und provinziellen Büros von BPS und Dukcapil sowie Interviews mit ihren Mitarbeitenden. Es ist der zehnte in einer Reihe von IPAC-Berichten, die politische Entwicklungen in Papua analysieren. Das IPAC-Institut wurde 2013 gegründet. (*Westpapua Netzwerk online 18.11.19, <http://humanrightspapua.org/images/docs/GHR%20WPP%20DOC-%202019-10-29%20IPAC-Numbers%20Matter2020%20Census%20and%20Conflict%20In%20Papua.pdf>*)

Wenig Pressefreiheit in der Provinz Papua

Westpapua: Eine nationale Umfrage zur Pressefreiheit hat ergeben, dass die Provinz Papua auf dem letzten Platz des *Press Freedom Index* (PFI) *Indonesiens* steht. Der regionale PFI wurde anhand von 20 Indikatoren ermittelt und stellt eine nationale Ergänzung zum Weltpresseindex dar.

An der Umfrage nahmen 428 Spezialisten aus allen indonesischen Provinzen teil. Laut Umfrage gibt es in der Provinz Zentral-Sulawesi die höchste Stufe der Pressefreiheit mit einem PFI-Wert von 84,84 von maximal 100 Punk-

ten. Die PFI-Punktzahl in der Provinz Papua stieg von 59,3 im Jahr 2018 auf 66,56 im Jahr 2019. Dieser Wert ist jedoch weiterhin der niedrigste unter allen 34 Provinzen Indonesiens.

Der niedrige Wert basiert auf verschiedenen Beobachtungen. Fälle von körperlichen Einschränkungen, Behinderung und Drohungen gegen Journalisten, sei es durch Behörden oder durch zivilgesellschaftliche Akteure, stellen für Journalisten in Westpapua nach wie vor eine Bedrohung dar.

Zudem haben Journalisten in Papua im Vergleich zu ihren Kollegen in anderen Teilen Indonesiens ein geringeres Einkommen. Viele Journalisten in der Provinz Papua erhalten immer noch ein Einkommen, das unter dem Mindestlohn liegt. Ein weiterer Faktor, der den niedrigen PFI-Score in Papua beeinflusst, ist der begrenzte Zugang für ausländische Journalisten zur Provinz. Ausländischen Journalisten wird nur in Ausnahmefällen ein Visum für die Einreise nach Westpapua erteilt. Die Berichterstattung in Film und Text wird anschließend streng überwacht und gegebenenfalls zensuriert.

Info: Im *World Press Freedom Index* der Journalistenvereinigung *Reporter ohne Grenzen* (Reporters without borders) steht Indonesien auf Platz 124 von 180 Ländern. Schlusslicht auf Platz 180 ist Turkmenistan. Auf Platz 1 steht Norwegen.

Die jährliche Rangliste von *Reporter ohne Grenzen* bewertet die Lage der Presse- und Informationsfreiheit in 180 Ländern. Grundlage ist ein Fragebogen zu allen Aspekten unabhängiger journalistischer Arbeit, den *Reporter ohne Grenzen* an Hunderte Journalisten, Wissenschaftler, Juristen und Menschenrechtsverteidiger weltweit sowie an ein eigenes Korrespondentennetzwerk verschickt.

In der Rangliste der Pressefreiheit 2019 wurden die Entwicklungen im Kalenderjahr 2018 berücksichtigt. Die insgesamt 71 qualitativen Fragen sind in sechs Kategorien

unterteilt: Medienvielfalt, Unabhängigkeit der Medien, journalistisches Arbeitsumfeld und Selbstzensur, rechtliche Rahmenbedingungen, institutionelle Transparenz sowie Produktionsinfrastruktur. Aus den gewichteten Antworten wird eine Punktezahl zwischen 0 (optimal) und 100 (schlechtmöglich) errechnet. Hinzu kommt eine quantitative Kategorie für Übergriffe und Gewalttaten gegen Journalisten (einschließlich Verhaftungen, Entführungen und Fällen von Journalisten, die ins Exil gehen), die *Reporter ohne Grenzen* nach festgelegten Kriterien selbst ermittelt. (*Westpapua Netzwerk online* 14.11.19, <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2019/>, <https://rsf.org/en/ranking>)

Dokumentation über politische Gefangene

Westpapua: In den Jahren 2018 und 2019 hat es viele Verhaftungen in Westpapua gegeben. Die indonesischen Behörden versuchten dadurch, die politisch motivierten Proteste in Indonesien und Westpapua zu unterdrücken. Den meisten Verhafteten in den Monaten August und September dieses Jahres wurde vorgeworfen, gegen die Gesetze über Hochverrat (*makar*) verstoßen zu haben. Es gab in diesen Monaten in ganz Indonesien eine wachsende Unterstützung für den Kampf um die Selbstbestimmung Westpapas. Sowohl ausländische wie einheimische Menschenrechtsaktivisten sind solchen Vorwürfen ausgesetzt.

Die britische Organisation *PAPUAS BEHIND BARS* (PBB) dokumentiert akribisch papuanische politische Gefangene, damit ihre Fälle bekannt werden, und beobachtet die Gerichtsverfahren. Die Daten erhält PBB von Rechtsanwälten, die mit unabhängigen Non-Profit-Rechtshilfe-Organisationen zusammenarbeiten sowie direkt von Menschenrechtsverteidigern und -aktivisten. Diese leisten den Gefangenen auch Rechtshilfe und geben verlässliche Informationen weiter an die europäische Öffentlichkeit.

PBB überprüft auch die Zuverlässigkeit der Daten durch Vergleiche mit Berichten in den öffentlichen Medien, sofern es solche gibt. Die meisten Fälle erscheinen jedoch gar nicht in den Medien.

Insgesamt hat PBB von Januar 2018 bis Oktober 2019 99 Fälle von politischen Gefangenen aus Westpapua dokumentiert. Im Jahr 2018 wurden nur 26 politische Gefangene dokumentiert, 25 einheimische Papua und ein polnischer Staatsangehöriger. Die meisten Papua wurden wegen illegalen Waffenbesitzes verhaftet, zwei Gefangenen wurde „Hochverrat“ vorgeworfen. Einige dieser Gefangenen werden vermutlich Anfang des kommenden Jahres freigelassen.

Weitere Einzelheiten der Dokumentation finden sich unter: <https://www.papuansbehindbars.org/?p=3809>. Auf dieser Seite werden papuanische Strafgefangene auch in Wort und Bild vorgestellt. (*Übersetzung und Zusammenfassung Pfr. Dr. Siegfried Zöllner* 26.11.19)

Gute Beziehungen zwischen Deutschland und Timor-Leste

Timor-Leste: Die Beziehungen zwischen Timor-Leste und Deutschland sind freundschaftlich. Timor-Leste erhält seit der Zeit der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen seit 1999 umfangreiche Unterstützung aus Deutschland zum Aufbau des Landes. Mit Erreichen der staatlichen Unabhängigkeit am 20. Mai 2002 wurde Timor-Leste von Deutschland völkerrechtlich anerkannt.

Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit richtet ihre Vorhaben auf den Schwerpunkt Frieden- und Sicherheit aus, insbesondere durch die Unterstützung der Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven durch Ausbildung und Beschäftigung für Jugendliche und junge Erwachsene auf dem Land. Deutschland hat Timor-Leste seit seiner Unabhän-

gigkeit insgesamt rund 67 Mio. Euro zugesagt.

Der Ausbau der Infrastruktur, darunter die Verkehrsanbindung der ländlichen Regionen an die Hauptstadt Dili und an die Küsten, bleibt eine wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung. Deutschland und Timor-Leste arbeiten hier vor allem im maritimen Transportsektor zusammen: Die mit deutschen Mitteln gebaute Personen- und Frachtfähre „Berlin Nakroma“ ist bis heute die wichtigste und erschwinglichste See-Verbindung innerhalb des Landes. Sie verbindet die Hauptstadt Dili mit der Insel Atauro sowie der Enklave Oecusse, die im indonesischen Staatsgebiet liegt.

Das bilaterale Handelsvolumen zwischen Deutschland und Timor-Leste war 2018 mit 2,4 Millionen Euro sehr niedrig. Timoresischen Exporten nach Deutschland (größtenteils Kaffee, 937.200 Kilo) in Höhe von zwei Millionen Euro (2018) standen Einfuhren aus Deutschland im Wert von 400.000 Euro (2018) gegenüber.

Angesichts der schlechten Ausbildungsbedingungen für viele Journalisten in Timor-Leste hat Deutschland seit 2007 mehrere Journalisten aus Timor-Leste zu Fortbildungsseminaren nach Deutschland eingeladen. Auf dem *World Press Freedom Index* von *Reporters without Borders* erreicht Timor-Leste den 84. Platz (von 180).

Die *Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (GIZ) GmbH arbeitet seit 2000 in Timor-Leste. Aktuell sind 36 nationale und 9 internationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zwei integrierte Fachkräfte in dem Land tätig. Das GIZ-Büro in Jakarta ist zuständig für die Zusammenarbeit mit Timor-Leste sowie für die Zusammenarbeit mit der Republik Indonesien und für regionale Projekte mit dem ASEAN-Sekretariat. Ein Projektbüro in der Hauptstadt Dili koordiniert die Aktivitäten in Timor-Leste.

(<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/timorleste-node/bilateral/221374>,
<https://www.giz.de/de/weltweit/355.html>)

AUSTRALIEN

Neue Taskforce des Geheimdienstes

Die australische Regierung wird eine neue Arbeitsgruppe einsetzen, die „jeden Versuch, die nationalen Interessen des Landes zu unterwandern, abschrecken oder zerschlagen“ soll. An der Arbeitsgruppe, die 88 Millionen AUD (54 Millionen EUR) an Finanzierung erhalten soll, werden unterschiedlichen Behörden beteiligt sein. Die Leitung übernimmt ein Vertreter des australischen Geheimdienstes (*Australian Security Intelligence Organization*, ASIO).

Kurz bevor die Regierung am 2. Dezember die Gründung dieser Taskforce ankündigte, war ein Interview mit dem mutmaßlichen chinesischen Spion Wang Liqiang erschienen, der zum australischen Geheimdienst übergelaufen sein soll. Wang gab an, an der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder beteiligt gewesen zu sein.

Es ist bereits der zweite Fall in diesem Jahr. Der chinesisch-australischer Geschäftsmann Bo Zhao hatte ASIO informiert, dass ihm mutmaßliche chinesische Agenten Geld angeboten hätten, wenn er als Parlamentsabgeordneter kandidiert. Im März wurde Bo tot in einem Motel-Zimmer aufgefunden. Der frühere ASIO-Chef Duncan Lewis sagte im November in einem Interview, dass die chinesische Regierung das politische System Australiens durch schleichende Einmischung „übernehmen“ wolle.

Die australische Öffentlichkeit ist geteilter Meinung, wie das Land auf den politischen Druck Chinas reagieren solle. Zu Wort gemeldet haben sich in der Debatte auch ehemalige Premierminister. Paul Keating sagte in einem Interview Ende November, dass die „Diplomatie durch die Ängste der Geheimdienste verdrängt“ werde.

Tony Abbott bezeichnete ausländische Einflussnahme als „*existenzielle Bedrohung*“ für das Land. Kevin Rudd warnte vor einer Mentalität der „*gelben Gefahr*“ gegenüber China.

In Australien leben mehr als 1,2 Millionen chinesisch-stämmige Einwohner. Dies entspricht 5,6 % der Gesamtbevölkerung. (*China Update MERICS* 12.12.19, *South China Morning Post* 02.12.19)

Neuer Nationalpark in Westaustralien

Die westaustralische Regierung hat im Juli 2019 die *Houtman Abrolhos Islands* zum Nationalpark erklärt. So sollen die Inseln als herausragendes Reiseziel für Ökotouristen positioniert und gleichzeitig die einzigartige Umwelt geschützt werden. Der australische Umweltminister Stephen Dawson erklärte dazu: „*Der Nationalpark-Status soll einerseits die Artenvielfalt, das Erbe und die einmalige Landschaft der Inseln schützen und es andererseits Besuchern ermöglichen, ihre unvergleichliche Schönheit zu erleben.*“

Die Inseln werden im Volksmund wegen ihrer Artenvielfalt auch „Galapagos Inseln Australiens“ genannt. Hier kommen Australische Langusten, Noddiseeschwalben, Derby-Wallabys und die vom Aussterben bedrohten Australischen Seelöwen vor.

Info: Der Houtman-Abrolhos-Archipel ist ein etwa 60 km vor der Küste des Bundesstaates Western Australia – in Höhe der Küstenstadt Geraldton – gelegenes Inselgebiet. Die Inselgruppe besteht aus 122 Korallenbänken und -inseln, die sich über mehr als 100 Kilometer im Indischen Ozean erstrecken. Die Inseln werden zu drei Gruppen zusammengefasst: Wallabi Group, Easter Group und Pelsaert Group. Der Archipel ist nach dem holländischen Astronomen und Seefahrer Frederik de Houtman benannt, der die Inselgruppe 1619 erstmals sichtete.

2017 bezeichnete die internationale Naturschutzorganisation *Mission Blue* die Inseln als Westaustralians ersten so genannten „*Hope Spot*“- einen Ort, der von globaler Bedeutung für die Gesundheit des Ozeans ist.

Der Archipel gilt wegen der zahlreichen vor den Riffen gesunkenen Schiffe heute als Paradies für Wrack- und Sporttaucher, obwohl keine der Inseln ständig von Menschen bewohnt wird.

(*Tourism Western Australia online*, <https://www.dbca.wa.gov.au/parks-and-wildlife-service/plan-for-our-parks/houtman-abrolhos-islands-national-park>, Wikipedia)

Lord Howe Island gehört zu Top 10 Reisezielen

Der australische Verlag *Lonely Planet*, der weltweit größte Verlag für unabhängige Reise- und Sprachführer, sieht die australische Insel Lord Howe unter den Top 10 Reisezielen für das kommende Jahr 2020. Die zum UNESCO-Weltkulturerbe gehörende Insel 600 Kilometer vor der australischen Küste beeindruckt mit atemberaubender Schönheit. Die Abgeschiedenheit und die überschaubare Größe der Inseln machten Lord Howe zu einem idyllischen Zufluchtsort. In der Entscheidung der Jury heißt es über Lord Howe: „*Die Isolation dieses ehemaligen Vulkans machen die Insel zu einem Zufluchtsort für viele endemische Arten sowie für eine reiche Vogelwelt. Die Insel ist ein leuchtendes Beispiel für nachhaltigen Tourismus. Es sind immer nur 400 Besucher zugelassen und sie werden ermutigt, an einer Reihe von ökologischen Projekten teilzunehmen.*“

Unter den Top 10-Reiseempfehlungen von *Lonely Planet* befindet sich fast jedes Jahr auch ein Ziel in Australien. 2019 war es das Rote Zentrum, 2018 die Stadt Canberra. 2017 war die Region Südaustralien unter den Top 10-Reisezielen. (*Australien Newsletter* 05.11.19, <https://www.lonelyplanet.de/best-in-travel/index.html>)

Sensible Orte für Besucher

Nach der Schließung des Aufstiegs am Uluru (Ayers Rock) im Herzen Australiens wird auch in anderen Regionen über Beschränkungen im Zugang zu kulturellen Stätten der Aborigines diskutiert. Hintergrund der Diskussion ist die Zunahme des Tourismus. Einige Besucher hinterlassen Abfälle oder Fäkalien an heiligen Stätten oder beschädigen beim Klettern in Felsen die Felsmalereien. Die örtlichen Verwaltungen weisen zwar mit Schildern auf die kulturelle und spirituelle Bedeutung der jeweiligen Orte hin, doch werden diese Hinweise oft nicht befolgt.

So ist z.B. für die Kuku Yalanji ein Badeplatz nördlich von Cairns im Regenwald von Daintree ein heiliger Ort für die Frauen, den Männer nicht besuchen dürfen. Der Badeplatz wird als Heilbad und auch als Ort für eine Geburt genutzt. Die dort ansässigen Aborigines bieten Besuchern als Alternative eine geführte Wanderung zur Schlucht bei Mossman an.

Ein besonders heiliger Platz befindet sich ebenfalls auf dem St. Mary Peak in der Flinders Range in Südaustralien. Der St. Mary Peak ist mit 1.168 Metern Höhe der höchste Punkt des Gebirges. Dort sind der Überlieferung der Ureinwohner nach zwei Schlangen herabgekommen und hätten viele der Vorfahren gefressen. Die dort lebenden Aborigines bitten daher, den Berg nur von einer bestimmten Stelle aus zu besteigen und nicht bis zum Gipfel zu klimmen. (*ABC* 27.10.19)

SPORT

Rücktritt des Cricket-Kapitäns

Nach über zehn Jahren an der Spitze der vanuatischen Cricket-Nationalmannschaft ist Andrew Mansale freiwillig von seinem Amt als Mannschaftskapitän zurückgetreten. Der 31-jährige Mansale begründete seinen Rücktritt mit seinem Alter. Er wolle Platz für einen jüngeren Spieler an der Spitze der Mannschaft machen, sagte er. Zu seinem Nachfolger wurde der 24-jährige Nalin Nipiko gewählt. Nach insgesamt 16 Jahren in der Cricket-Mannschaft bleibt Mansale jedoch auch weiterhin Mitglied im Team.

Mark Stafford, der Präsident der *Vanuatu Cricket Association*, lobte Mansales Engagement und Führungsstärke auf dem Rasen. Er habe das Team zu internationalem Erfolg geführt und dafür gesorgt, dass Cricket in Vanuatu zu einem Volkssport geworden sei. (*Radio NZ Intern.* 11.11.19, <https://www.icc-cricket.com/news/1493163>)

Teams beim Oceania Cup

Die *International Rugby League* hat Mitte November die pazifischen Rugbyteams bestätigt, die sich für den *Oceania Cup* im kommenden Jahr qualifiziert haben. Neben Samoa und Papua-Neuguinea sind das in der Gruppe B erstmals auch die Cook-Inseln. Außerdem haben sich Fidschi und Neuseeland zur Teilnahme am Cup qualifiziert. Australien setzt nächstes Jahr aus, weil die Mannschaft in Europa spielen wird.

Tony Iro, der neuseeländische Trainer der Rugby-Mannschaft der Cook-Inseln (Spitzname „Kukis“), beglückwünschte die Mannschaft zu diesem Erfolg und erklärte, die Teilnahme am Cup ermögliche vor allem den unerfahrenen Spielern im Team die Möglichkeit, sich auf

internationalem Parkett zu bewahren.

Info: Zur Teilnahme an der Rugby-Weltmeisterschaft (*Rugby League World Cup*) vom 23. Oktober bis zum 27. November 2021 in London haben sich bisher folgende pazifische Mannschaften qualifiziert: Australien, Neuseeland, Fidschi, Papua-Neuguinea, Samoa und Tonga.

(<https://www.rugbyleagueplanet.com/2021-rlwc/rugby-league-planet-2021-rugby-league-world-cup>, *Radio NZ Intern.* 11.11.19)

Pacific Mini Games 2025

Palau: Die zwölften *Pacific Mini Games* finden im Jahr 2025 in Palau statt. Das hat der 22 Mitglieder zählende *Pacific Games Council* mit 16 von 21 Stimmen beschlossen. Außer Palau hatten sich Amerikanisch-Samoa und Niue um die Austragung der sportlichen Wettkämpfe beworben, doch beide Staaten konnten keine verlässliche Zusage auf Finanzierung der Spiele machen.

Info: Die *Mini-Pazifikspiele* sind eine vierjährlich im Südpazifik stattfindende Multisportveranstaltung, die nach dem Vorbild der Pazifikspiele seit 1981 ausgetragen werden. Bereits 2005 fanden die *Pacific Mini Games* in Palau statt, damals noch in der ehemaligen Hauptstadt Koror.

2021 finden die Spiele in Saipan (Nördliche Marianen) statt. Dazu haben sich bereits Sportler aus 24 pazifischen Ländern in 12 Wettkampfsarten angemeldet.

(*Pacnews* 15.07.19, *Wikipedia*)

„TOK BILONG PASIFIK“

Nielsen-Mamea ist „Writer in Residence“

Neuseeland: Der in Dunedin (Südinsele) aufgewachsene Schriftsteller, Schauspieler und Theaterregisseur Tavita Nielsen-Mamea hat ein Stipendium als „Writer in Residence“ (Dt. Stadtschreiber) am *International Institute of Modern Letters* (IIML) der *Victoria University of Wellington* gewonnen. Mit dem Stipendium „*Emerging Pasifika Writer in Residence*“ geht ein dreimonatiger Studienaufenthalt am IIML im kommenden Jahr einher sowie 15.000 NZ-Dollar.

Nielsen-Mamea ist zwar in Neuseeland aufgewachsen, seine Eltern kommen jedoch gebürtig aus Samoa und Tuvalu. Aufmerksam wurde die Jury auf ihn nach dem letztjährigen *Wellington Fringe Festival*, bei dem sein Stück „*Au Ko Tuvalu*“ erstmals gezeigt wurde. In dem Stück geht es um den letzten Tag der Evakuierung von Tuvalu, nachdem die Insel durch Klimawandelfolgen unbewohnbar geworden ist.

Nielsen-Mamea erklärte, er wolle das Stipendium als „Writer in Residence“ nutzen, um seine Biographie als Tuvalu-Samoaner, der in Neuseeland lebt und arbeitet, literarisch zu verarbeiten. (<https://www.creativenz.govt.nz/news/tavita-nielsen-mamea-named-as-2020-emerging-pasifika-writer-in-residence>)

Luxus-Hotel eröffnet

Papua-Neuguinea: Auf einer Insel im Südosten der neuguineischen Hauptstadt Port Moresby hat im November das erste Fünf-Sterne-Resort eröffnet. Das in den letzten zwei Jahren wegen umfangreicher Renovierungsarbeiten geschlossene Mittelklassehotel „*Loloata Private Island Resort*“ ist jetzt ein Luxus-Hotel und wirbt vor allem um finanzkräftige Tauch-Touristen wegen seiner Lage in

einem maritimen Schutzgebiet vor der Küste von Festland-Neuguinea. 30 verschiedene Tauchreviere stehen den Gästen zur Verfügung, darunter auch die Möglichkeit zum Wrack-Tauchen und zum Riff-Tauchen.

Das Hotel besteht u.a. aus 19 modernen Glasbungalows direkt am Strand, 3 großen Villen sowie mehreren Zimmern mit Meerblick. Es hat zwei Restaurants sowie einen Spa-Bereich mit zwei Außenpools. Laut Webseite soll es die Möglichkeit geben, die Insel auch im Rahmen eines Tagesausflugs zu besuchen. Der Transfer vom Jacksons International Airport zur Insel beträgt 40 Minuten.

Das Hotel will sich im Luxus-Segment platzieren und wirbt mit einem eigenen Tauch-Shop auf der Insel, einer Flotte von Motorbooten sowie mit speziellen Arrangements für Hochzeiten.

(<https://www.loloataislandresort.com/>, <https://www.deeperblue.com/first-5-star-diving-resort-to-open-in-papua-new-guinea/>)

Forscher finden versenkte Flugzeugträger bei Midway

Midway-Atoll: Ende Oktober hat ein Team um den amerikanischen Unterwasserarchäologen Rob Kraft und den Historiker Frank Thompson vom *Naval History and Heritage Commands* in 5.490 Meter Tiefe vor der Küste des Atolls Midway die Wracks von zwei japanischen Flugzeugträgern entdeckt. Die „*Akagi*“ und die „*Kaga*“ waren in der Seeschlacht zwischen Japan und den USA am 4. Juni 1942 von US-amerikanischen Sturzkampfbombern torpediert und versenkt worden. Die Forscher nutzten ein autonomes Unterwasserfahrzeug, auch AUV genannt, das mit Sonargeräten ausgestattet ist. Die Expedition wurde von dem mittlerweile verstorbenen Paul Allen, Milliardär und Mitbegründer der Firma Microsoft, gestartet.

Jahrelang hatte die Crew des 76 Meter langen Expeditionsschiffes „*Petrel*“ mit der US-Marine zusammengearbeitet, um gesunkene Schiffe zu finden und zu do-

kumentieren. Mehr als 30 Schiffe wurden bisher gefunden.

Ursprünglich war die „Akagi“ als Schlachtkreuzer auf Kiel gelegt worden. Nach diversen Umbauten konnte der 260 Meter lange und 35.000 Tonnen verdrängende Träger rund 90 Flugzeuge aufnehmen. Die Besatzung betrug 2.000 Mann.

Die „Kaga“ gehörte am 7. Dezember 1941 zu den sechs Trägern, von denen die Flugzeuge aufstiegen, die die US-Pazifikflotte in Pearl Harbor auf Hawai'i angriffen. Auch die „Kaga“ war zunächst als Schlachtschiff begonnen worden. Mit 238 Metern Länge verdrängte sie 38.000 Tonnen und war mit rund 75 Flugzeugen bestückt. Auch ihre Besatzung zählte rund 2.000 Seeleute, Piloten und Mechaniker.

Im Juni 1942 gehörten beide Träger zu dem Flottenverband, mit dem der Oberbefehlshaber der japanischen Flotte, Yamamoto Isoroku, die US-Navy zur Entscheidungsschlacht stellen und vernichten wollte. Dafür wollte er die drei noch einsatzfähigen US-Träger zum Midway-Atoll locken. Da die amerikanische Funkaufklärung in den japanischen Code eingebrochen war, wurde der japanische Plan jedoch erkannt. Eine erste Welle von US-Torpedobombern wurde von den Jagdmaschinen Yamamotos abgeschossen. Diese aber konnten sich nicht mehr gegen die zweite Welle wenden, die aus Sturzkampfbombern bestand. Innerhalb von fünf Minuten trafen deren Bomben drei japanische Träger, die „Akagi“, die „Kaga“ und die „Soryu“. Mehr als 2.000 Japaner und 300 Amerikaner kamen ums Leben.

Info: Die Midwayinseln sind nach dem kleinen Kure-Atoll die westlichsten der Nordwestlichen Hawaii-Inseln und waren während des Zweiten Weltkriegs der am weitesten im Westen liegende Vorposten der US-Amerikaner im Zentralpazifik. Sie gehören nicht zum US-Bundesstaat Hawai'i, sondern gehören als „nicht inkor-

poriertes Territorium“ zu den Außengebieten der Vereinigten Staaten.

Die Midwayinseln bestehen aus einem ringförmigen Korallenriff mit einem Durchmesser von ungefähr 10 km und zwei Hauptinseln, Sand Island und Eastern Island, sowie mehreren kleinen Eilanden, die Hunderttausenden von Seevögeln (vor allem Albatrossen) als Brutstätte dienen. Ursprünglich unbesiedelt, haben die Inseln heute etwa 40 Einwohner, zumeist wissenschaftliches Personal, jedoch keine permanente Bevölkerung. 1978 waren es noch bis zu 2.300 Menschen, meist Militär- und Zivilangestellte des Marinestützpunktes der United States Navy.

1988 wurde das Gebiet zum *National Wildlife Refuge* erklärt. Am 31. Oktober 1996 wurde mit einem präsidialen Erlass die Kontrolle über das Atoll dem *U.S. Fish and Wildlife Service* des US-Innenministeriums übertragen, der es seitdem als *Midway Island National Wildlife Refuge* verwaltet. Seit 2006 sind die Inseln Bestandteil des *Papahānaumokuākea Marine National Monument*.

Film-Hinweis: Am 7. November 2019 kam der Kriegsfilm „*Midway - Für die Freiheit*“ des amerikanischen Regisseurs Roland Emmerich in die deutschen Kinos. (*Die Welt* 21.10.19, *Stuttgarter Zeitung* 22.10.191, *Wikipedia*)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN AUS PNG

Aufruf von Gemeindeleitern zur Feier des Bundesabkommens

Janet Kari, eine Studentin der Journalistik an der UPNG (*University of Papua New Guinea*) berichtete von einem Aufruf durch Pastoren und Gemeindeleiter in der Morobe Province, an den Feierlichkeiten zum 9. Jahrestag des Bundesabkommens teilzunehmen. Sie sind Mitglieder des 'Haus des Gebetes – House of Mal-ki-tzedek Family Association'. Diese Veranstaltung wurde am 10. Oktober im Eriku Oval in Lae abgehalten.

Unterzeichnet wurde der Bund am 10. September 2010 zwischen dem ehemaligen Morobe-Gouverneur Luther Wenge, dem Gott Israels und den Menschen der Morobe-Provinz.

Laut Pastor Samuel Gedisa leistete Luther Wenge seine Unterschrift im Namen der Menschen von Morobe, die ja als Christen auch an den Gott Israels glauben. Gedisa bezeichnete den Bund nicht nur als Dokument, sondern als ein legales Vertragswerk zwischen dem Gott des Universums und den Menschen von Morobe.

Gedisa weiter: „*Der Bund ist ein wirkmächtiges Dokument, das in sich die Macht zum Segen oder zum Fluch trägt. Und als legal verbindliches Dokument sind wir verpflichtet, diesen Tag des Bundesabkommens zu feiern.*“ Des Weiteren bezeichnete er den Tag als einen besonderen Tag, da er mit dem Jom Kippur, dem Tag der Versöhnung im Kalender Israels, zusammenfalle. Für das Volk Israels habe dieser Tag eine hohe Bedeutung, da er eine Zeit der Versöhnung und der Umkehr bedeute. Pastor Gedisa erstreckte die Einladung an alle Menschen innerhalb und außerhalb der Provinz. „*Es ist an der Zeit,*“ so Gedi-

sa weiter, „dass wir mit demütigen und reumütigen Herzen unseren Vater um Vergebung bitten.“

„In Anbetracht dessen, dass in PNG traditionell zu vielen Gottheiten gebetet wird, ist dieses Bundesabkommen auch für uns ein Weg zur Anbetung des einen Gottes, dem Gott Abrahams und Isaaks“, so Gedisa weiter.

Dieser neunte Jahrestag des Bundesabkommens wird erstmals aus den Kirchen und Häusern heraus auch öffentlich ausgetragen. (Post Courier 07.10.2019)

Sialum feiert 100 Jahre lutherische Missionsarbeit

Das 100-jährige Jubiläum zu Ehren der deutschen Missionare im Gebiet Sialum-Tewas-Siassi wurde zu einem historischen Ereignis. Für Tausende von Besuchern führte die Erinnerung an das Geschenk des Evangeliums und die Gründung der ersten Missionsstation im Hinterland und der Bergregion von Kalasa zu einer tieferen Einsicht und Erkenntnis.

Dramaturgisch wurde die Ankunft des ersten Missionars Pfarrer Karl Wacke von den Menschen aus der Gemeinde Tigasu dargestellt, zu denen Wacke von 1907 bis 1911 den ersten Kontakt hatte. Dargestellt wurden die großen Schwierigkeiten, unter denen Wacke versuchte, die Menschen zu erreichen. Noch heute ist es möglich, Reste seines Hauses, des Badeplatzes und eines behauenen Korallenblocks, welcher Wacke als Meditationsort diente, zu besichtigen.

Nachdem Wacke nach jahrelanger Vorarbeit, einheimische Führungspersonlichkeiten zu Evangelisten ausgebildet und eingesegnet hatte, entsandte er sie als Missionare. Ihm gefiel es dort so gut, dass er dann zwischen 1912 und 1919 die erste Missionsstation gründete.

Im Zuge der Feierlichkeiten sprach Dekan Rev. Jim Mineyupe davon, dass dadurch eine neue Ära für die Menschen von Sialum

angestoßen wurde. Sie sollten sich abwenden von ihren bösen Wegen und sich erneut hinwenden zu Gott. Tief ergriffen reagierten die Menschen auf den Glauben ihrer Vorfahren.

26 Führungspersonlichkeiten aus dem gesamten Sialumgebiet berichteten öffentlich vor der Versammlung der Menschen von belastenden Zuständen, unter denen die Menschen der Region zu leiden hätten. Tausende bemalten sich als Zeichen der Trauer und der Umkehr mit Asche und legten sich als weiteres Zeichen der Umkehr und Unterwerfung unter Gott die Hände auf den Kopf, verbunden mit dem Versprechen, in den Fußstapfen ihrer Vorfahren und Glaubensvorbilder deren Werke weiterzutragen.

(Post Courier 08.10.2019)

Madang Regierung stellt sich hinter Dr. Mojon

Die durch Rechtsanwalt Ben Lomai vertretene Provinzregierung von Madang stellt sich hinter die Studien und Befunde des von ihnen beauftragten Schweizer Wissenschaftler und Geologen Dr. Alex Mojon zur unabhängigen Untersuchung eines bereits im August geschehenen Vorfalles an der Basamak-Produktionsanlage. Mehrere hundert Kubikmeter hochtoxischer Substanzen waren ins Meer abgeflossen.

Behauptungen der nationalen Regierung und dem Betreiber der Ramu Nickel Mine (Ramu NiCo) zufolge, seien diese Untersuchungen als nicht beweiskräftig zu hinterfragen. Der Vorwurf der Unrechtmäßigkeit dieser Studie wurde erhoben. Die Studie von Dr. Mojon sei nicht durch die CEPA (Conservation and Environment Protection Authority), der offiziellen Regierungsstelle zur Beauftragung solcher Untersuchungen, autorisiert.

Rechtsanwalt Lomai bestätigte jedoch die rechtmäßige Beauftragung durch die Provinzregierung aufgrund der Berichte massiven

Fischsterbens und dem Tod eines Küstenmannes durch den Verzehr von Fisch. Weiter wiesen Menschen durch den Verzehr von Fisch und Kontakt mit Meerwasser Krankheitssymptome und Hautirritationen auf.

Der von Dr. Mojon erstellte und veröffentlichte Bericht weist zudem einen über viele Jahre erfolgten nachlässigen Umgang mit toxischen Abfällen und deren Entsorgung ins Meer sowie eine andauernde Verseuchung und Belastung der Küstenregion auf.

Ramu NiCo weist die Ergebnisse jedoch vehement zurück und ist nur zur Akzeptanz eines durch CEPA beauftragten und durchgeführten Umweltberichts bereit.

Mr. Lomai erwartet nun den abschließenden und zweiten Bericht mit den Laborergebnissen aus der Schweiz, der umgehend veröffentlicht werden soll. (Post Courier 14.10.2019)

Mumeng als Gastgeber der nationalen Konferenz für Hauptamtliche

Mumeng, ein Kirchenkreis der ELC-PNG (Evangelical Lutheran Church of Papua New Guinea) wird 2021 den Austragungsort der 14. Konferenz für Pastoren und Evangelisten stellen. Dort werden schwerpunktmäßig die Versorgungs- und Unterhaltsfragen der hauptamtlichen Kirchenmitarbeitenden thematisiert.

Der Parlamentsabgeordnete des Wahlbezirks Bulolo, Sam Basil, übernahm symbolisch das Konferenzkreuz, stellvertretend für den ELC –Mumeng-Kirchenkreis.

„Ich kam als Mitglied meines Kirchenkreises nach Kewamugl, wo die 13. Konferenz abgehalten wurde, um das Kreuz für den nächsten Austragungsort entgegenzunehmen“, sagte Basil.

In Kewamugl waren etwa 3.000 Hauptamtliche zusammengekommen. (Post Courier 14.10.2019)

Masterprogramm am Martin Luther Seminary

Mit dem kommenden Jahr soll am Martin-Luther-Seminary (MLS) ein Masterprogramm für Theologie im Angebot sein.

Direktor Rev. Dr. Michael Rupuga machte diese Ankündigung während der 47. Graduierungsfeierlichkeiten in Lae.

„Das Masterprogramm wird durch unsere Einrichtung angeboten in Deutschland, Australien und den USA, aber nicht in unserem eigenen Land. Das macht dieses Programm zu einem sehr kostspieligen Angebot,“ so Rupuga. „Wenn sich die Dinge wie geplant entwickeln, werden drei bereits ernannte Pastoren versuchsweise an diesem Programm teilnehmen“, erklärte Rupuga weiter. (Post Courier 26.11.2019)

Lutheraner planen Erweiterung der Zentrale

Die Kirchenzentrale der ELC-PNG mit Sitz in Ampo/Lae wird erweitert. Dies wurde bei der Grundsteinlegung durch Bischof Dr. Jack Urame Ende November 2019 bekannt gegeben.

„Alle vorherigen Gebäude wurden durch das Engagement von Gemeinden gebaut,“ so Urame. „Die Gebäude sind die Frucht großer Opferbereitschaft.“

Bischof Urame ergänzte: „Die Erweiterung des alten Gebäudes wird zusätzliche Raumkapazität für weitere Büros freimachen und auch Zuschnitte für Konferenzen ermöglichen, die zurzeit nicht möglich sind. Das erste Gebäude war ein koloniales Haus. Es ist zu klein und das Neue, das wir nun bauen, ist für unsere Kinder.“

Urame nahm bei der Grundsteinlegung auch Bezug auf die anstehende Synode: „Alle Vorbereitungen laufen hervorragend. Boana ist bestens gerüstet, um die zu erwartenden 10.000 Besucher vom 12. bis 17. Januar 2020 aufzunehmen. Auch die Straße für die 2-stündige Autofahrt nach Boana wird rechtzeitig fertig sein.“ (The National 28.11.2019)

AUS ANDEREN LÄNDERN

† Joan Crevcoure

Marshall-Inseln: Anfang November starb im *Maryknoll Sisters Center* in New York (USA) Schwester Joan Crevcoure, MM, im Alter von 93 Jahren. Die katholische Ordensschwester hatte in den 1950er und 1960er Jahren an der *Maryknoll Grade School* in Honolulu (Hawai'i) unterrichtet, bevor sie 1962 nach Majuro zog. Hier war sie bis 1969 Direktorin an der *Assumption Elementary School*. Von 1969 bis 1972 arbeitete sie erneut in Honolulu als Schulverwalterin für die Maryknoll-Schulen. Anschließend kehrte sie auf die Marshall-Inseln zurück. Hier erarbeitete sie einen Lehrplan für den katholischen Schulunterricht, bildete Religionslehrer aus und baute Grundschulen auf den Atollen Jaluit, Arno und Wotje mit auf. 2004 kehrte Schwester Crevcoure als Pensionärin in das Mutterhaus ihres Ordens nach New York zurück.

Info: Der Maryknoll-Missionsorden ist eine Gesellschaft des apostolischen Lebens in der römisch-katholischen Kirche. Sie wurde nach ihrem Mutterhaus Maryknoll (USA) genannt und 1911 gegründet. (Marshall Islands Journal 08.11.19, <https://maryknollsociety.org/about/>)

Neuer Kirchenpräsident

Frz.-Polynesien: Reverend Francois Pihaatae ist neuer Präsident der protestantischen Kirche der Maohi in Französisch-Polynesien. Er wurde auf der Synode der Kirche in Afareaitu (Insel Moorea) am 20. Juli 2019 für vier Jahre in dieses Amt gewählt und ist Nachfolger von Pfarrer Taaroanui Mararea, der das Amt in den letzten 16 Jahren innehatte und jetzt Dozent für die Ausbildung von Theologiestudierenden wird.

Pihaatae war in den letzten vier Jahren Generalsekretär der Pazifischen Kirchenkonferenz PCC mit Sitz in Suva (Fidschi).

Die 135. Synode der protestantischen Kirche stand unter dem Leitspruch „Vivre la paix sur la terre“ (Den Frieden auf Deiner Erde leben). (Radio NZ Intern. 22.07.19, Polynésie La 1ère 20.07.19)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:

Arnim Doerfer (arnim.doerfer@mission-einewelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE12520604100001011111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien-Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Marianas Variety • National Neuseeland-Info • Pacific Beat • Pacific Daily News • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Saipan Tribune • Solomon Islands Broadcasting Association • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de